



AL / GRÜNE

Kommunalwahlprogramm
2024



Wahlprogramm AL/Grüne zur Kommunalwahl 2024

Präambel	3
Kapitel 1: Stadtentwicklung	5
Kapitel 2: Mobilität – nebeneinander, miteinander und füreinander	10
Kapitel 3: Vielfalt leben und Gemeinschaft fördern.....	14
Kapitel 4: Gute Bildung für alle.....	24
Kapitel 5: Für ein lebendiges und nachhaltiges Kulturleben in Tübingen	28
Kapitel 6: Wirtschaft und Energie.....	31
Kapitel 7: Tübingen digital 2030	37

Präambel

Liebe Tübingerinnen und Tübinger,

Am 9. Juni 2024 sind Sie eingeladen, einen neuen Gemeinderat, neue Ortschaftsräte und einen neuen Kreistag zu wählen. Diesmal stehen die Kommunalwahlen unter außergewöhnlichen Vorzeichen, denn seit zwei Jahren wird in Europa ein erbitterter Krieg geführt. Die Ukraine, ein demokratisches Land, wurde von Russland brutal angegriffen. Wir sind solidarisch mit der Ukraine: Wir helfen, wir spenden, wir nehmen Kriegsflüchtlinge auf. Der Krieg hat uns vor Augen geführt, dass wir noch schneller aus der Abhängigkeit von fossilen Energiequellen aussteigen müssen.

Die Klimakrise ist auch in Europa, in Deutschland und in Tübingen schneller als befürchtet angekommen. Sie schreitet als erkenn- und erlebbare Realität voran, mit verheerenden Folgen. Und dennoch erleben Parteien, die die Klimakrise leugnen, weltweit einen Aufschwung, der uns sehr beunruhigt.

Die Bekämpfung der Wohnungsnot wird durch hohe Zinsen und stetig steigende Baukosten erschwert. Im Gemeinderat werden wir die Schaffung von Wohnraum priorisieren. Der Mangel an fachkundigem Personal ist in allen Branchen spürbar. Im Bereich Kinderbetreuung und Pflege ist er besonders offensichtlich. Wir haben viel in den Bau von Kitas und Pflegeheimen investiert. Gebäude und Räume sind da, aber aufgrund des Personalmangels können wir sie nicht zu 100 Prozent betreiben.

Und dennoch: Tübingen steht in all den Wirren dieser Zeit gut da. Unsere Klimaschutzpolitik trägt Früchte: Bei den städtischen Gebäuden wurde mit der Umstellung auf LED-Beleuchtung, der Installation von Photovoltaik-Anlagen und der Sanierung vieler Heizungsanlagen bereits viel erreicht; die Stadtwerke haben einen Ökostrom-Anteil von 75 Prozent und machen Gewinne; die TüBus-Flotte wird elektrifiziert und ausgebaut; wir unterstützen das Deutschlandticket mit 15 Euro, so dass es nur noch 34 Euro pro Monat kostet. Die Gewerbesteuererinnahmen sind auf hohem Niveau stabil. Ein Zeichen, dass das Gewerbe in Tübingen gute Standortbedingungen hat und krisensicher aufgestellt ist. Und nicht zu vergessen: Wir haben in den letzten zehn Jahren Wohnraum für etwa 10 000 Menschen geschaffen.

Tübingen ist vielfältig, bunt, quirlig und kreativ. Die Mischung aus alteingesessenen Tübingerinnen und Zugewanderten aus allen Himmelsrichtungen macht den Reiz unserer Stadt aus. Schwäbische Bodenständigkeit gepaart mit kosmopolitischer Weltläufigkeit, die Bewahrung von Traditionen und das ständige Erproben von Neuem machen diese Stadt zu einem liebenswerten Ort.

Tübingen ist vielfältig in der Kernstadt ebenso wie in den Stadtteilen und Teilorten. Jeder der acht Teilorte Bebenhausen, Bühl, Hagelloch, Hirschau, Kilchberg, Pfrondorf, Unterjesingen und Weilheim hat seine Geschichte und Eigenarten, seine Traditionen und seine Vereine. Wir wollen die Lebendigkeit und den kleinräumlichen Charakter der Teilorte erhalten. Sie brauchen eine intakte Infrastruktur, Sportplätze, Mehrzweckhallen, Bürgertreffs, Einkaufsmöglichkeiten, Feuerwehren, gute Schulen und Kinderbetreuung sowie seniorenrechtliches Wohnen, denn die Leute wollen dort bleiben, wo sie verwurzelt sind. Die Verwaltungsstellen sollen erhalten bleiben. Wohnraum soll durch Innenentwicklung geschaffen werden, Baulücken geschlossen und ungenutzte Bestandsgebäude wie Ställe und Scheunen in Wohnraum umgewandelt werden. Fast

alle Teilorte werden in den nächsten Jahren ein Neubaugebiet bekommen. Wir werden darauf achten, dass die Fläche gut ausgenutzt wird, das schont die Umwelt und senkt die Kosten. Anzustreben ist eine Dichte von mindestens 120 Einwohner*innen pro Hektar. Wir werden darauf achten, dass dort eine Versorgung mit Nahwärme erfolgt. Für die Bestandsgebäude müssen Quartierskonzepte für die Wärmeversorgung erstellt werden. Die Teilorte brauchen einen zuverlässigen Öffentlichen Personennahverkehr (Bus/Regionalstadtbahn), zu den Stoßzeiten einen 15-Minuten-Takt, zu den Randzeiten mindestens einen 30-Minuten Takt. Die Durchgangsstraßen wollen wir, dort wo eine Umgehungsstraße existiert (Neckartal, B28), zurückbauen, um Verkehrssicherheit und Aufenthaltsqualität zu erhöhen. Für Unterjesingen ist der Durchgangsverkehr eine große Belastung. Eine Umgehungsstraße wäre aber teuer und ökologisch problematisch und mithin sehr unwahrscheinlich. Die Ortsdurchfahrt soll neugestaltet werden, bei der Ammertalbahn werden wir darauf drängen, dass sie endlich funktioniert.

AL/Grüne haben Tübingen seit Jahrzehnten politisch mitgeprägt. Wir sind stolz auf das, was wir erreicht haben, und gehen die Herausforderungen der Zukunft mit Zuversicht an. Tübingen ist ein Ort, in dem Wirtschaft und Wissenschaft blühen, die ökologische Stadtentwicklung voranschreitet und eine gute soziale Infrastruktur für alle besteht; ein Ort, in dem die städtischen Finanzen solide sind; ein Ort der guten Nachbarschaft mit den Partnern und Partnerinnen in der Region; ein Ort, an dem der Kampf gegen die Klimakrise beherzt geführt wird und man deshalb bis 2030 klimaneutral werden will; ein Ort, an dem Wohnraum für alle geschaffen wird, wo man mit guter Verkehrsinfrastruktur flott von A nach B kommt; ein Ort der Weltoffenheit, an dem Generationen und Nationen gut miteinander leben, wo sich Menschen in ihrer Vielfalt friedlich und frei und auf Augenhöhe begegnen.

2009 trat der Gemeinderat geschlossen der Erklärung von Barcelona bei, die die Eckpunkte der Inklusion und Barrierefreiheit in einer Stadt zusammenstellt. Nach zehn Jahren Umsetzungsarbeit wurde ein neuer Aktionsplan zur Fortführung in den nächsten fünf Jahren entwickelt. 2022 hat der Gemeinderat auch den beschlossen. Dem Plan liegt ein weiter gefasster Begriff von Inklusion zugrunde, der über die Kategorie „Behinderung“ hinausgeht. Wir werden engagiert die Umsetzung des Planes vorantreiben.

Liebe Tübingerinnen und Tübinger,

im Sinne unseres im Folgenden ausführlich dargelegten Programmes bitten wir, AL/Grüne, um Ihr Vertrauen, Ihre Stimme und Ihre Unterstützung

Kapitel 1: Stadtentwicklung

Wir verpflichten uns, dass wir in der kommenden Wahlperiode für eine zukunftsorientierte Stadtentwicklung eintreten. Wir möchten dazu beitragen, für die Tübinger*innen eine Stadt mit hoher Lebensqualität zu erhalten und weiterzuentwickeln. Die Wohnungsnot muss wirksam bekämpft werden. Gleichzeitig tragen wir Verantwortung dafür, dass auch die nachkommenden Generationen und zuziehenden Tübinger*innen hier gut leben können. Wir müssen in längeren Zeiträumen denken und nachhaltig die Weichen stellen für eine Stadt mit einem hohen Maß an sozialer Gerechtigkeit und intakter Umwelt.

Die Stadt gehört allen. Wir wollen nicht, dass sich nur Gutverdienende Tübingen leisten können. Oberstes Ziel kommunaler Wohnungspolitik ist deshalb das Bereitstellen bezahlbaren Wohnraums. Bei allen Bemühungen wird das mit den finanziellen Mitteln der Stadt allein nicht umfassend möglich sein. Wir brauchen Unterstützung durch grundlegende Veränderungen, die nur der Bund und das Land einleiten können. Dies wollen wir beständig thematisieren und vehement einfordern. Der flächenfressende Siedlungsbau am Stadtrand auf Kosten von Natur und Landwirtschaft ist für uns keine Option, weil er bestenfalls kurzzeitig Abhilfe verspricht. Die Stadtverwaltung bemüht sich mit unserer Unterstützung erfolgreich, bebaubare Flächen innerorts nachhaltig zu erschließen.

Neubau und Quartiersentwicklung

Angesichts der Lage auf dem Wohnungsmarkt erscheint der Neubau von Wohnraum nur vertretbar, wenn dabei nach Grundsätzen ökologischer und sozialer Gerechtigkeit verfahren wird. Das gelingt am ehesten, wenn die Stadt nicht in die Landschaft hinaus wuchert, sondern wenn sie innerörtliche Flächen reaktiviert.

Kennzeichen sinnvoller Nachverdichtung ist insbesondere eine vielfältige Mischung der Nutzungen. In zukünftigen Stadtquartieren wird nicht bloß gewohnt, sondern es kommen zum Nutzen aller Bewohner*innen Einrichtungen hinzu. Läden, wohnortnahe Dienstleistungen, Büro-Arbeitsplätze, Kindergärten, Gaststätten und Begegnungsstätten, Wohnanlagen für Ältere oder barrierefreie Wohnungen für Menschen mit Einschränkungen werten die Quartiere zum Nutzen der Bewohner*innen auf. Wo neu geplant wird, können überdimensionierte Straßen zurückgebaut und großzügige, neue Fußwege angelegt werden. Daher befürworten wir den im Herbst 2023 verabschiedeten Rahmenplan für Waldhäuser Ost, der nun sukzessive umgesetzt wird. In diesem Zuge muss endlich auch eine Lösung für das Einkaufszentrum gefunden werden.

Wir setzen uns dafür ein, dass Neubauten, wo immer möglich, in Holzbauweise errichtet werden. Wir begrüßen es ganz allgemein, wenn mit Materialien gebaut wird, die später wiederverwendet werden können - nach dem Prinzip „cradle to cradle“.

Bodenpolitik

Flächensparendes Bauen ist auch außerhalb von Brachen geboten und machbar: Etwa durch das Aufstocken vorhandener Gebäude, durch die Überbauung von Parkplätzen und Verkehrsflächen, durch die Urbanisierung lückenhaft gewordener alter Gewerbegebiete. Solange solche Flächen

noch zur Verfügung stehen, also vermutlich bis Ende dieses Jahrzehnts, werden wir den Saiben nicht anrühren. Ihn wollen wir unseren Kindern als Reservefläche unbebaut übergeben.

Baukosten und Mieten

Leider sind die Baukosten in den letzten Jahren sehr stark gestiegen, Quadratmeterpreise von 8000 Euro und mehr führen zu Mieten von 20 Euro pro Quadratmeter. Das ist für die meisten Menschen nicht erschwinglich. Die Stadt Tübingen versucht, mit verschiedenen Instrumenten wie dem Konzept „Fairer Wohnen“ gegenzusteuern. Eine wesentliche Voraussetzung für den Bau bezahlbarer Wohnungen ist in jedem Fall eine Bodenpolitik, die Baugrund nicht dem privaten Zugewinn überlässt, sondern für gemeinnutz-orientierte Gruppen Verfügungsmodelle bereithält. In diesem Sinne befürworten wir auch das Genossenschaftsprojekt „Neustart: solidarisch leben + wohnen“, das im Tübinger Süden in der Marienburgerstraße geplant wird. Außerdem sehen wir in der städtischen Wohnbaugesellschaft GWG, die mehr als 2000 Wohnungen in Tübingen besitzt und diese teilweise weit unter dem Mietspiegel vermietet, ein zentrales Instrument, um bezahlbaren Wohnraum zu erhalten und neu zu schaffen.

Wohnraum aktivieren

Derzeit überprüfen wir die Anwendung einer Milieuschutzsatzung für Teile der Südstadt, die einer Umwandlung von Miet- in Eigentumswohnungen einen Riegel vorschiebt. Auf unseren Antrag hin hat der Gemeinderat ein Verbot der Zweckentfremdung von Wohnungen, zum Beispiel als Ferienwohnungen, beschlossen. Auf die Verpflichtung zum Bau von Autostellplätzen für neue Wohnungen wollen wir verzichten. Das kann zu einer Reduzierung der Baukosten beitragen. Wir setzen uns für eine weitere Absenkung des Stellplatzschlüssels ein. Nachhaltiges Sanieren statt sinnloses Abreißen ist für uns ein wichtiges Prinzip. Das soll in Zukunft verstärkt berücksichtigt werden. Hoffnung für den eingeschlafenen Wohnheimbau für Studierende gibt es durch die personellen Veränderungen im Studierendenwerk Tübingen-Hohenheim. Die Stadt wird mit der günstigen Bereitstellung von Grundstücken ihren Beitrag dazu leisten. AL/Grüne drängen auf die Sanierung und Reaktivierung bereits existierender Wohnheime wie dem in der Pfrondorfer Straße. Die Idee der „Werkwohnungen“ ist leider aus der Mode gekommen, wird aber von der Stadt Tübingen derzeit wieder belebt: In der Eugenstraße entstehen derzeit 60 Wohnungen in einem Bestandsgebäude für Personen in Mangelberufen, weitere Projekte dieser Art folgen. Auch für Auszubildende muss es mehr bezahlbaren Wohnraum geben. Wir werden uns für ein Wohnheim für Azubis einsetzen.

Vorhandene Gebäude effektiver nutzen

Die hohen Preise bei Neubauten legen die Frage nahe, ob und wie es möglich ist, die höchst ungleiche Verteilung von Wohnraum abzumildern. Zahlreiche Wohnungen sind fehlbelegt: In kleinen Wohnungen drängen sich Großfamilien, einzelne Menschen verlieren sich in Zimmerfluchten. Das wollen wir ändern durch Beratungs- und Unterstützungsangebote für Personen, die in eine kleinere Wohnung umziehen wollen.

Barrierefrei wohnen

Trotz angespanntem Wohnungsmarkt steht Tübingen im Bereich barrierefreier und rollstuhlgerechter Mietwohnungen vergleichsweise gut da. Die städtische Fachgruppe Barrierefreies Bauen hat entsprechende Wohnungsgrundrisse entwickelt und gemeinwohlorientierte Baugesellschaften haben sie im Rahmen ihrer Möglichkeiten umgesetzt. Die Stadt treibt zwar den Bau von barrierearmen Sozialwohnungen voran, sie sind aber immer noch Mangelware. Es braucht Fortschritte dringend auch im nichtgeförderten Wohnungsbau sowie in Bestandsbauten. Im Rahmen des Stadtumbauprozesses auf Waldhäuser Ost testet die Stadt ein Beratungsangebot zu barrierefreiem Umbau für Wohnungseigentümergeinschaften. Das unterstützen wir nachhaltig.

Stadtgrün und Aufenthaltsqualität im öffentlichen Raum

Stadtgrün hat durch die Bereitstellung von zahlreichen Ökosystemleistungen wie etwa Hitzereduktion, Luftfilterung, Wasserrückhalt und Erholungsfunktion einen enormen Wert für das Leben in der Stadt. Wir möchten daher die grüne Infrastruktur deutlich ausbauen und fördern die Errichtung von grünen Fassaden und Dächern sowie das Entsiegeln von Flächen. Nicht nur Parks und große Grünareale, auch Kleingärten, Blüh- und Randstreifen, Friedhöfe und Einzelbäume sind wertvoll. In Anbetracht der sich verschärfenden Klimakrise ist es wichtig, schon jetzt für ein zunehmendes Grünvolumen, beschattete Fußwege sowie Trinkbrunnen zu sorgen. Bäume haben eine besondere Bedeutung für das Stadtklima und den Artenschutz. Wo es möglich ist, wollen wir vorhandene Bäume erhalten und zusätzliche Bäume pflanzen.

Ein intelligentes Wassermanagement soll für genügend Wasser in längeren Trockenperioden sorgen. Zisternensysteme, in denen Regenwasser für die Bewässerung des Stadtgrüns gesammelt wird, begrünte Mulden und Rigolensysteme, die dem derzeitigen Wassermangel der Stadtbäume vorbeugen, sowie Erhalt und Pflege des alten Baumbestands sind zentrale Aspekte einer ökologischen Stadtplanung. Die Idee der Schwammstadt wollen wir in den nächsten Jahren forcieren, um uns auf Extremwetterlagen vorzubereiten. Wenn verdichteter Siedlungsbau die flächenmäßige Ausdehnung des Stadtgrüns begrenzt, muss die gebaute Siedlung selbst möglichst viele seiner Funktionen übernehmen: Das Grau muss ergrünen.

Der Stadtwald leistet einen unverzichtbaren Beitrag zum Tübinger Gemeinwohl. Investitionen in zukunftsfähige, klimastabile und qualitativ hochwertige Waldbestände bleiben für uns selbstverständlich. Bei der Bewirtschaftung des Stadtwaldes haben Aspekte des Naturschutzes (Biodiversität) und der Erholung (Verkehrssicherheit, Freizeiteinrichtungen) weiterhin einen hohen Stellenwert. Wir sehen den Stadtwald auch als hervorragende Basis für Waldpädagogik und Umweltbildung. Ein entsprechend vielfältiges und niederschwelliges Angebot wollen wir fördern.

Biodiversität

Neben der Klimakrise ist der Artenschwund eine der größten Krisen der Menschheit. Die Stadt beherbergt eine Vielfalt an Pflanzen und Tieren, darunter auch einige gefährdete Arten, die es zu schützen gilt. Tübingen hat in den letzten Jahren einiges erreicht. So ist die Renaturierung des Neckars und die Aufwertung mancher Freiflächen positiv zu bewerten. Doch wir können mehr! Die Stadt soll eine Vorreiterrolle auf dem Gebiet des Artenschutzes und der Förderung der

Biodiversität einnehmen. Dafür braucht es insbesondere mehr Strukturvielfalt etwa durch Hecken, Totholz und Nistmöglichkeiten, mehr heimische, biodiversitätsfördernde Arten sowie ein biodiversitätsgerechtes Flächenmanagement. Das Mähverhalten der städtischen Betriebe muss sich ändern, damit aus Rasenflächen artenreiche Wiesen entstehen können. Weiter soll die Lichtverschmutzung dort reduziert werden, wo es nicht um die Sicherheit geht, etwa bei der intensiven Beleuchtung von Parkhäusern und Gebäuden.

Auch die Schaffung und der Erhalt von hochwertigen Biotopen und das Zulassen von mehr Wildnis in der Stadt sind von Bedeutung, um dem Verlust an Biodiversität entgegenzuwirken. Bei städtischen Flächen, die landwirtschaftlich genutzt werden, hat die Stadt die Möglichkeit mit Auflagen zu Pestiziden und Mäh- und Schnittverhalten direkt Einfluss auf die Pächter*innen zu nehmen. Auch Wegraine an städtischen Feldwegen sollen naturverträglich gestaltet werden und so die Artenvielfalt fördern. Es gibt in Tübingen zahlreiche Vereine, die mit fundiertem Wissen unterstützen und beraten können. Mithilfe von Informationstafeln und Aufklärung wollen wir dieses Wissen in die Stadtgesellschaft tragen und so eine breite Akzeptanz schaffen.

Daneben setzen wir uns dafür ein, die Aufenthaltsqualität am Neckar im Einklang mit der Natur weiter zu steigern und den Neckar zugänglicher zu machen. Wir möchten ein interkommunales Projekt anstoßen, dessen Ziel es ist, die Wasserqualität des Neckars zu verbessern. Ähnliches wird in großem Stil bereits in Paris umgesetzt, wo Schwimmen in der Seine bis 2025 möglich sein soll.

Stadtgrün an Balkonen und Fassaden

Als AL/GRÜNE setzen wir uns für ein neues städtisches Förderprogramm ein, das Immobilienbesitzer*innen, Hausverwaltungen, Privatinitiativen dazu motivieren soll, ihre Balkone und Fassaden zu begrünen. Das wäre eine gemeinsame soziale und ökologische Initiative und Investition in die Klima-Resilienz unserer Stadt. Denn dem Klimawandel müssen wir uns mit aller Entschiedenheit gemeinsam entgegenstellen – damit unsere Stadtquartiere auch in Zukunft lebenswert bleiben – für Jung und Alt!

Wasserkonzept gegen Hitzesommer

Um das Grün in der Stadt auf öffentlichen und privaten Flächen auch in Zukunft - angesichts zunehmender Hitzesommer - optimal mit Wasser versorgen zu können, setzen sich AL/Grüne für die Förderung von Grau- und Regenwassernutzung ein. Regen- und Grauwasser-Bewirtschaftung auf privatem Grund soll daher ebenfalls gefördert werden. So lange Menschen siedeln, fällt Grauwasser an und ist somit eine verlässliche Wassermenge, die es in Zukunft bewusst zu nutzen gilt. Dafür setzen wir uns ein. Tübingen verfügt im Bereich der Sarchhalde und des Schnarrenbergs über ein reichhaltiges Reservoir an Quellen, deren Schutz, Erfassung und Erschließung in die zukünftige Wasserkonzeption einbezogen werden soll.

Altstadt

Auch an die Tübinger Altstadt werden viele und sehr verschiedene Anforderungen gestellt, denn sie ist Wohnort, Einkaufsort, Ort für Feste und Märkte, Erholungsgebiet, Spielort für Kinder, sie bietet Arbeitsplätze und Stellplätze. Restaurants, Kneipen und Clubs erhöhen ihre Attraktivität. Das alles konfliktfrei unter einen Hut zu bringen ist eine fortwährende Herausforderung. Im Beteiligungsprozess „Altstadt Rahmenplan“ werden alle Chancen und Konflikte in diesem Bereich

aktuell besprochen. Neben vielen anderen Akteur*innen sind wir an diesem Prozess aktiv und engagiert beteiligt.

Zur Aufwertung des öffentlichen Raumes sollen beispielhaft drei Plätze (um)gestaltet werden: Das Universitätsviertel Wilhelmstraße ist in einigen Bereichen ein vernachlässigter Fleck auf der Stadtkarte. Das soll sich ändern! Im Bereich zwischen Gmelin-, Naukler-, Sigwart- und Hölderlinstraße soll ein zentraler Universitätsplatz entstehen. Wir unterstützen den Vorschlag der BI Wilhelmsvorstadt Universitätsviertel, im Untergeschoss des Hörsaalbaus der Alten Physik einen Bierkeller mit angeschlossenem Biergarten einzurichten.

Die Aufenthaltsqualität des Haagtorplatzes wollen wir erhöhen, indem wir die Zahl der Autostellplätze verringern und damit mehr Platz für Grün und Sitzgelegenheiten gewinnen. Die erfolgreiche Probephase im Sommer 2023 soll sich zur dauerhaften Regelung verfestigen. Die gesamte Altstadt soll autofrei werden. Für Menschen mit Mobilitätseinschränkungen, den Lieferverkehr und andere systemrelevante Nutzungen werden Ausnahmen geschaffen und passende Lösungen entwickelt.

Der bisher als „Baufläche“ zum Verkauf an Investoren vorgesehene nordöstliche Teil des Europaplatzes wird als Ort mit vorwiegend öffentlicher Nutzung geplant. In diese Planung werden interessierte Bürger*innen einbezogen. Die zu errichtenden Gebäude sollen zeitgemäßen stadtökologischen Ansprüchen genügen. Für eine Übergangszeit steht der Platz als Ort der Begegnung zur Verfügung, den die Stadtgesellschaft mit Leben füllen wird.

Barrierefreie öffentliche Gebäude

Bei der Barrierefreiheit hat die Stadt in den zurückliegenden Jahren viel bewegt, begrenzt nur von historischen Gebäuden, deren Umbau oft nicht möglich ist. Positive Ausnahmen hiervon sind das Kepler- und das Uhlandgymnasium sowie das ganze Technische Rathaus. Bei der Planung aller größeren Projekten wird die Vertretung der Menschen mit Behinderung im Forum Inklusion beteiligt. Sie werden mit dem Beauftragten für Inklusion auch einen Dringlichkeitsplan aufstellen nach der Priorisierung konkreter Bedarfe, Kosten, Umsetzungszeit. Das unterstützen wir.

Weder der Mangel an Geld noch andere ungünstige Voraussetzungen dürfen ein Hindernis sein, sich erfolgreich um die Lösung der Probleme der Wohnungsnot und der Klima-Resilienz zu kümmern. Gleichzeitig ist es unumgänglich, der Klimaveränderung intelligente Lösungen entgegenzusetzen und in den Stadtquartieren auch durch Grünflächen eine gute Aufenthaltsqualität für alle Bewohner*innen zu bieten.

Kapitel 2: Mobilität – nebeneinander, miteinander und füreinander

Wir wollen mobil sein, denn Mobilität bedeutet Freiheit und Begegnung. Dafür braucht es in Tübingen eine gute Verkehrspolitik, die es allen Verkehrsteilnehmenden ermöglicht, sicher und zuverlässig unterwegs zu sein. Gleichzeitig wollen wir die Belastungen für Umwelt und Klima reduzieren. Tübingen ist in einer Vorreiterposition. Ende 2020 hat der Gemeinderat das Klimaschutzprogramm „Tübingen klimaneutral 2030“ beschlossen. Mit diesem Programm wollen wir unseren Teil zum Kampf gegen den Klimawandel beitragen. Ob mit dem Ausbau der Regionalstadtbahn Neckar-Alb oder dem Ausbau des kostenlosen Öffentlichen Personennahverkehrs, wir brauchen ein besseres Angebot, damit Menschen vom Individualverkehr auf den öffentlichen Verkehr umsteigen. Wir wollen zur Stadt der sanften und umweltfreundlichen Mobilität werden.

Rücksicht und Miteinander im Verkehr

Uns liegt das Klima am Herzen, auch unser gesellschaftliches. Im Straßenverkehr wird viel stärker Rücksicht geübt als gemeinhin behauptet. Wir erleben aber auch unbedachtes und rücksichtsloses Verhalten. Das verunsichert, verärgert und verletzt. Wir setzen uns für mehr Rücksicht und Sicherheit im Verkehr ein, indem wir - wo es sinnvoll ist - die Wege klar trennen. Zum Beispiel Fuß- und Radwege. Wir fordern die Mitarbeiter*innen des städtischen Vollzugsdiensts auf, gegen die Regeln verstoßende Verkehrsteilnehmer*innen direkt anzusprechen.

Nachhaltige Mobilität ausbauen

Um nachhaltige, stadtverträgliche Mobilität in den Mittelpunkt zu stellen, muss dem Umweltverbund mehr Verkehrsfläche zur Verfügung gestellt werden. Unter dem Begriff Umweltverbund wird die Kooperation der umweltfreundlichen Verkehrsmittel verstanden. Hierzu zählen öffentliche Verkehrsmittel, nicht motorisierter Verkehr sowie Carsharing und Mitfahrzentralen.

An keinem Ort kommen in Tübingen so viele Akteure des Verkehrs zusammen wie am Busbahnhof und es gibt unterschiedliche Ansprüche auf engstem Raum. Im Sinne des Umweltverbundes musste hier der Verkehrsraum neu verteilt werden. Dies ist gut gelungen. Wir wollen, dass mehr Verkehrsräume nach diesen Prioritäten geordnet und umgebaut werden.

Die autofreie Altstadt gehört in den Geltungsbereich des Umweltverbundes. Es gibt aber Ausnahmen: Lieferdienste für Handel und Gewerbe müssen berücksichtigt werden.; Anfahrts- und Parkmöglichkeiten für mobilitätseingeschränkte Personen, für Handwerk, Pflegedienste und systemrelevante Nutzungen müssen gewährleistet sein. In Absprache mit dem Zweckverband Regionalstadtbahn werden wir prüfen, ob eine Auflösung des Einbahnstraßenrings um den Alten Botanischen Garten möglich ist, um den Talcampus der Universität autoarm zu gestalten.

Fußwege

Tübinger*innen gehen gerne zu Fuß - in der Altstadt, am Neckar, in den Wohnvierteln.

Wir fordern die Erarbeitung eines Fußwegekonzeptes, das einerseits die Sicherheit der Fußgänger*innen gewährleistet und andererseits Fußwege, die versteckter sind, durch eine bessere Beschilderung sichtbar macht.

Fußgänger*innen haben unterschiedliche Bedürfnisse und Geh-Geschwindigkeiten. Während die einen zügig von A nach B kommen wollen, ist es anderen ein Vergnügen, genussvoll zu flanieren. Fußwege sollen deshalb so breit sein, dass sich auch auf stark frequentierten Abschnitten Fußgänger nicht in die Quere kommen.

E-Scooter – bewegt, abgestellt oder herumliegend – haben auf Gehwegen nichts verloren. Es braucht Regeln für E-Scooter. Vielleicht helfen Markierungen, Piktogramme, Beschilderung.

Fußwege müssen bei Nacht gut beleuchtet sein, um die Sicherheit der Fußgänger*innen zu gewährleisten. Wir unterstützen ausdrücklich das Konzept „Licht nach Bedarf“. Hier wird Strom gespart, Pflanzen und Tiere werden nicht unnötig belastet und den Menschen bei Bedarf Licht und Schutz geboten. Blindenampeln und Leitsysteme müssen weiter ausgebaut und angepasst werden. Weniger Stufen und dafür ebenerdiges Pflaster sind in der ganzen Stadt wichtig.

Menschen brauchen auch Orte, an denen sie sich ausruhen können. Deshalb wollen wir, dass mehr Sitzgelegenheiten aufgestellt werden, die auch Schutz vor Sonne oder Regen bieten.

Radverkehr

Immer mehr Menschen in Tübingen steigen aufs Fahrrad um. Dies beweisen tagtäglich die Zahlen der Zählstellen (Schlossbergtunnel: eine Mio, Unterführung Karlstraße: 2,5 Mio jeweils im Jahr 2023). Wir freuen uns über so viele Radfahrende und setzen uns beständig für eine Verbesserung des Radverkehrs ein. Das entwickelte Radwegkonzept wurde von zahlreichen Bürger*innen mit rund 3000 Hinweisen kommentiert. Es wurden viele Punkte bestätigt und etliche konnten aufgenommen, ergänzt und optimiert werden. So ist ein gelungenes Konzept entstanden. Wir werden uns dafür einsetzen, dass das Radverkehrskonzept in den kommenden zehn Jahren kontinuierlich umgesetzt und für Radlerinnen und Radler erfahrbar und benutzbar wird.

Auch bei den Radbrücken sind wir vorangekommen. Sie schließen wichtige Verbindungslücken, und so vernetzt das „Blaue Band“ viele Tübinger Quartiere. Wir setzen uns dafür ein, dass das Blaue Band südlich des Neckars zu einem Blauen Ring weiter entwickelt wird durch eine Qualitätsfahrradspur nördlich der Kernstadt entlang des Straßenzuges Adlerkreuzung-Mohl-Hölderlin-Rümelin-Kelternstraße.

Außerdem wurden neue Fahrradabstellplätze gebaut. Allein rund um den Bahnhof können mittlerweile mit dem Radexpress am Europaplatz und der Fahrradtiefgarage mit Radstation am Zentralen Omnibusbahnhof (ZOB) ungefähr 1400 Fahrräder überdacht und sicher abgestellt werden. Dazu kommen immer mehr frei zugängliche Abstellanlagen, insbesondere rund um und in der Altstadt. Auch in anderen Stadtvierteln werden kontinuierlich Fahrradabstellplätze gebaut.

Busse und Bahnen

Seit 2009 wird in Tübingen darüber diskutiert, den städtischen Nahverkehr für Fahrgäste kostenfrei anzubieten. Mit dem Klimaschutzprogramm hat der Gemeinderat beschlossen, dies auf die Agenda zu nehmen. Ziel ist es, den Nulltarif für alle Fahrgäste (unabhängig vom Wohnort) in der Tarifzone Stadt Tübingen anzubieten und die TüBus-Angebote um 50 Prozent zu erweitern.

AL/Grüne haben 2018 im Gemeinderat durchgesetzt, dass der TüBus samstags für Fahrgäste kostenfrei ist. 2023 setzten wir durch, dass das Deutschlandticket für Tübinger Bürger*innen um 15 Euro ermäßigt angeboten wird. Auch das JobTicket soll weiter ausgebaut werden. Dies alles erhöht die Attraktivität des ÖPNV enorm und entlastet Verkehr und Umwelt in der Stadt und darüber hinaus. Wir wollen, dass es in diese Richtung weitergeht: Dazu soll die Taktung des Öffentlichen Nahverkehrs in der Kernstadt, in den Teilorten und in Absprache mit ihnen in den Nachbargemeinden verbessert werden. Auch Vorrang-Trassen müssen ausgebaut werden.

Außerdem setzen wir uns für die Umstellung der Busflotte auf Elektroantrieb ein. Im Rahmen der Verfügbarkeit sollen alle Busse durch elektrobetriebene Fahrzeuge ersetzt werden. Dafür soll die Lade- oder die Tankstellenstruktur ausgebaut und die Linienführung und Fahrpläne an die E-Mobilitäts-Bedürfnisse angepasst werden.

Wichtig ist uns auch der barrierefreie Zugang zu den Fahrzeugen. Der Anteil der dafür umgebauten Haltestellen – derzeit etwa 50 Prozent – soll gesteigert werden. Elektronische Anzeigen an den Haltestellen wollen wir vergrößern sowie Zwei-Sinne-Anzeigen in den Fahrzeugen anbringen und die Lautstärke sinnvoll anpassen. Im ÖPNV sollen sich alle Fahrgäste jederzeit möglichst sicher fühlen. Eine einfache Maßnahme im Sinne gendersensibler Planung ist es, wenn im Bus ab 22 Uhr ein Ausstieg auch zwischen den Haltestellen möglich ist. Dies verkürzt Heimwege und trägt zu einem höheren Sicherheitsgefühl vor allem von Frauen bei.

Regionalstadtbahn

Mit der Regionalstadtbahn wollen AL/Grüne Stadt und Land umweltfreundlich miteinander verbinden. Die Regionalstadtbahn bietet den Vorteil des einfachen und vom Auto unabhängigen Pendelns. Zudem können in der Regionalstadtbahn mehr Fahrgäste insgesamt, aber auch mehr Menschen im Rollstuhl, mit Rollator, mehr Fahrräder und Kinderwägen befördert werden, denn das Platzangebot ist deutlich größer, und die Haltestellen werden barrierefrei gebaut.

Die Innenstadtanbindung Tübingens ist für AL/Grüne nach wie vor das wichtigste Element des Gesamtnetzes der Regionalstadtbahn-Planung. Denn täglich pendeln mehr als 50 000 Menschen nach Tübingen hinein und über 15 000 Menschen aus der Stadt hinaus. Rund zwei Drittel der Berufs- und Bildungseinpender*innen möchten zu den Kliniken, an die Uni Morgenstelle und zum Technologiepark Obere Viehweide. Hinzu kommen täglich über 1000 Patient*innen und Besucher*innen des Klinikums. Die Innenstadtanbindung schützt das Klima, entlastet den Wohnungsmarkt, sichert Arbeitsplätze und Wohlstand der Stadt und hilft Handel und Gewerbe.

Carsharing

Ein Carsharing-Fahrzeug kann bis zu zwanzig Privatwagen ersetzen. Durch die meist parkenden zahlreichen Autos verlieren wir einerseits kostbaren öffentlichen Raum und andererseits heizen

stehende Autos die Stadt im Sommer auf. AL/Grüne unterstützen alle Maßnahmen im Klimaschutzprogramm und wollen darüber hinaus erreichen, dass unnötig gewordene Parkplätze im öffentlichen Raum entsiegelt und stattdessen Grünflächen angelegt werden. Ausgediente Carsharing-Autos sollen durch E-Autos ersetzt werden. Wir wollen Unternehmen unterstützen, die neben üblichen Parkplätzen andere Möglichkeiten bieten, beispielsweise Carsharing, Fahrradparkplätze oder Ladestationen für E-Bikes.

Motorisierter Individualverkehr (MIV)

Grundsätzlich setzen sich AL/Grüne für so wenig Privatautos wie möglich ein. Dafür bauen wir den Öffentlichen Personennahverkehr (ÖPNV), das Teilen von Autos mit Elektroantrieb (E-Carsharing), Radwege und Fußwege aus. Gegenwärtig ist der MIV aber Teil des Verkehrs. Sowohl die Zahl der zugelassenen Privatautos als auch die Zahl der Pendler*innen (mit dem PKW) nehmen weiter zu. Der Trend geht zu immer größeren und schwereren Autos (SUVs). Immer noch werden viele Kilometer mit diesen schweren Autos im Binnenverkehr in Tübingen gefahren. In Tübingen finden täglich bis zu 40 000 Binnenfahrten statt. Im Klimaschutzprogramm wurde beschlossen, dass wir bis 2030 die mit dem PKW im Stadtgebiet zurückgelegten Kilometer um 30 Prozent reduzieren wollen. Dagegen soll der Radverkehr, aber auch andere Formen der sanften Mobilität, entsprechend ausgebaut werden. Für elektrisch betriebene Autos wollen wir eine bessere Ladeinfrastruktur aufbauen. Für mobilitätseingeschränkte Personen werden wir in der Altstadt ausreichend Parkplätze zur Verfügung stellen.

Schindhaubasistunnel

Über den Bau des Schindhaubasistunnels wird schon seit Jahrzehnten gesprochen. Aktuell führt die Bundesstraße B27 durch die Tübinger Südstadt und trennt einige Quartiere von der Kernstadt. Viele Bürger*innen, darunter auch Schulkinder, müssen auf ihren Wegen zur Arbeit, zur Schule oder zu anderen Zielen täglich mehrfach gefährliche Übergänge nutzen. Hinzu kommt die Abgas- und Lärmbelastung für Anwohnende. Das kann kein dauerhafter Zustand sein.

2002 hat sich der Tübinger Gemeinderat für den Bau eines Tunnels durch den Schindhau ausgesprochen. Unter den damaligen Bedingungen erschien dies als eine sinnvolle Lösung. Allerdings gibt es inzwischen gute Gründe für eine Kurskorrektur: Die CO₂-Belastung durch große Mengen an Beton für den Bau des Tunnels, die Belastung durch vierspurige Zu- und Ablaufstrecken, die Förderung des Individualverkehrs durch hohe Investitionen und die Verlagerung des Verkehrs auf andere Gebiete Tübingens sind nur einige Argumente. Im Sinne einer nachhaltigen Verkehrspolitik muss der B27-Tunnel nochmals zur Diskussion gestellt werden. Wir AL/Grüne zeigen interessierte und engagierte Offenheit für eine solche Diskussion.

Dazu brauchen wir ein regionales Diskussionsforum, um die Argumente ausführlich diskutieren zu können. Zum Beispiel könnte das ein aus Zufallsbürger*innen zusammengesetztes Dialogforum sein. Als Grundlage der Diskussion müssen die fachlichen Grundlagen neu erarbeitet und aktualisiert werden. Wir fordern und fördern eine solche Herangehensweise, um auch hier eine durchdachte und für die Stadt bestmögliche Entscheidung zu treffen.

Kapitel 3: Vielfalt leben und Gemeinschaft fördern

Tübingens Vielfalt soll sich auch in Zusammensetzung und politischem Handeln des Gemeinderats widerspiegeln. Tübingen ist ein einzigartiger Ort, der durch die Verbindung von bodenständiger schwäbischer Tradition und weltoffener Perspektive geprägt ist. Hier wird das Bewahren kultureller und sozialer Werte ebenso geschätzt wie die Offenheit für Innovation und das Ausprobieren von Neuem.

Für Kinder sind Spielplätze und verkehrsberuhigte Straßen wichtig, für Jugendliche Freiräume und Mitbestimmung, für ältere Menschen Nahversorgung, Mobilität, wohnortnahe Pflegeeinrichtungen und hausärztliche Versorgung. Eltern fordern zu Recht eine zuverlässige Kinderbetreuung. Migrant*innen sind in Tübingen willkommen. Geflüchtete mit Bleibeperspektive sollen heimisch werden, rasch die Sprache erlernen und einem Beruf nachgehen können, um sich und ihren Kindern eine Zukunft aufzubauen. Menschen mit Behinderung sollen und wollen gleichberechtigt am öffentlichen Leben teilhaben. Gesundheitsförderung und Präventionsarbeit müssen für alle Menschen unabhängig von der sozialen Situation zur Verfügung stehen.

Wir stellen uns Rassismus entgegen und bekämpfen diese mit allen Mitteln. Jegliche Form der Diskriminierung von Frauen und Menschen aus der queeren Community lehnen wir ab. Die Gleichstellung aller Geschlechter muss eine Selbstverständlichkeit werden.

Wir fördern Sichtbarkeit, aktive Teilhabe und Chancengleichheit für alle und stehen für eine wertschätzende und inklusive Stadtgemeinschaft. Die vielen ehrenamtlich Tätigen leisten Großartiges. Sie gilt es zu unterstützen. Tübingen ist die Stadt der Bürgerbeteiligung und das ist gut. Es sollen aber auch jene gehört werden, die sich nicht so laut zu Wort melden. Hierfür gilt es, geeignete Beteiligungsformate weiterzuentwickeln. Die bestehenden Initiativen und Projekte zur Beratung und Unterstützung von benachteiligten Personengruppen müssen verlässlich gefördert werden, damit diese ihre Anliegen und Teilhabewünsche einbringen können.

Familien, Kinder und Jugendliche

Tübingen ist eine familien- und kinderfreundliche Kommune. Die aktuell dringendste Herausforderung ist der Mangel an Fachpersonal für die Betreuung der Kinder.

Eine kinder- und jugendfreundliche Politik sehen wir als Querschnittsaufgabe. Bei der Beteiligung von jungen Menschen braucht es eine Weiterentwicklung. Sie muss inklusiv sein. Im Sinne der Kinderrechtskonvention und des Rechts auf Teilhabe von Kindern wünschen wir uns hierzu die passenden Formate, damit Kinder erfahren, wie Demokratie durch Mitverantwortung funktioniert. Die Beteiligung von Kindern in kommunalen Entscheidungsprozessen sehen wir zudem als Chance für mehr Generationengerechtigkeit.

Eine Projektleitung für mehr Kinder- und Jugendbeteiligung

Tübingen, die jüngste Stadt in Baden-Württemberg, bietet vielfältige Angebote für Kinder, Jugendliche und junge Erwachsene. Dies machen wir transparent und erleichtern ihnen den

Zugang zu Stadtverwaltung und politischen Gremien. Der Jugendgemeinderat leistet bereits einen wertvollen Beitrag in der Vertretung der Interessen der jungen Menschen.

Langfristig gesehen möchten wir eine Projektleitung für mehr Kinder- und Jugendbeteiligung einrichten. Diese Person ist Ansprechpartner*in für junge Menschen und unterstützt diese bei der Umsetzung ihrer Ideen und Vorhaben, konzipiert Projekte für Kinder, koordiniert deren Umsetzung in Zusammenarbeit mit dem Jugendgemeinderat, dem Gemeinderat und der Stadtverwaltung. Sie erarbeitet ein Konzept von Kinderrechtsprinzipien und begleitet dessen Umsetzung. Dabei ist sie immer auch auf Inklusion ausgerichtet. Sie arbeitet eng mit Kitas, Schulen und der Universität, der Studierendenvertretungen und dem Studierendenwerk zusammen. Ein gutes Beispiel für ein solches Projekt war das Beteiligungsprojekt „Zukunftsspringer“ mit der Grundschule Winkelwiese Waldhäuser Ost.

Unterstützungsangebote für Eltern ausbauen

Besonders Alleinerziehende benötigen mehr Beratung, Unterstützung und Austausch. Der Mangel an Fachpersonal zur Kinderbetreuung erfordert vielfältige Formen der Unterstützung. Es bedarf geeigneter Räumlichkeiten für Elterntreffs, in oder bei den Kitas und Schulen. Ziel ist die Vernetzung von Eltern zur wechselseitigen Unterstützung.

Ältere Menschen

Gut älter werden in Tübingen

Tübingen ist demografisch eine junge Stadt, zugleich ist die Lebenserwartung eine der höchsten in Deutschland. Es lässt sich hier also gut alt werden. Viele ältere Menschen wählen Tübingen zu ihrem Alterswohnsitz, weil hier das Angebot an Kultur, Gesundheits- und Betreuungseinrichtungen sehr gut ist. Durch ihr gesellschaftliches und kulturelles Engagement sind Ältere für die Stadt eine Bereicherung. Man denke nur an die ungezählten Bürgerinitiativen, Vereine und Chöre. Steigende Lebenserwartung einerseits und zunehmender Mangel an Fachkräften im medizinischen und pflegerischen Bereich andererseits stellen die Stadt vor enorme Herausforderungen.

Gesundheit, Betreuung und Pflege

Tübingen verfolgt mit dem Programm „Seniorenleben und Pflege“ seit einigen Jahren einen ambitionierten Weg, den wir weiterentwickeln wollen. Wir meinen, Pflege soll möglichst quartiersnah und dezentral erfolgen. Hierzu besteht ein hoher Bedarf an neuartigen Wohnpflegeformen „zwischen Heim und Daheim“, die noch zu entwickeln sind, an betreutem Wohnen und Pflege-WGs möglichst nah am gewohnten Umfeld. Für die Entlastung Angehöriger und für Menschen mit komplexen Hilfebedarfen brauchen wir ein intensives Case Management. Und gerade für zuhause lebende Menschen mit Demenz mehr Betreuungshilfen. Auch der Bedarf an stationärer Pflege wird steigen. Gut, dass Tübingen gute Pflegeheime guter Träger hat. Aber mehr Heime allein sind keine Zukunftslösung, zumal sich immer mehr Ältere alternative Wohn- und Lebensformen wünschen.

Dem Fachkräftemangel in der ambulanten und stationären Pflege wollen wir mit bezahlbaren Dienstwohnungen, Fahrtkosten-Zuschüssen (Deutschlandticket) und einer Personalfindungshilfe wirkungsvoll begegnen.

Wohnen im Alter

Viele Ältere wollen möglichst lang in ihrem Haus oder in ihrer Wohnung bleiben. Oft sind ihnen aber Haus und Garten zu groß, nicht barrierefrei oder gar rollstuhltauglich. Viele würden daher gerne ihre Wohnsituation ändern, dabei familientauglichen Wohnraum freimachen. Dazu braucht es aber seniorengerechte, bezahlbare Wohnungen – möglichst im selben Quartier, für manche auch in gemeinschaftlichen Wohnformen. Für solche Vorhaben sind genossenschaftliche und gemeinwohlorientierte Wohnformen gegenüber privatwirtschaftlichen und Rendite-Modellen zu bevorzugen.

Mobilität und Teilhabe

Mobilität bis ins hohe Alter ist Teilhabe. Viele ältere Menschen sind noch fit unterwegs. Für diejenigen, die weniger mobil sind, ist ein gut getakteter, engmaschiger, barrierefreier und sicherer öffentlicher Personennahverkehr essenziell, umso mehr, wenn ältere Menschen nicht mehr Autofahren können oder wollen. Bürgerautos ergänzen das Angebot. Viele Ältere wünschen sich aber auch, dass Zufußgehen und Radfahren in Tübingen sicherer und attraktiver werden.

In Stadtteilzentren, in entsprechenden Einrichtungen oder Projekten finden viele Treffen und Aktionen für und mit Älteren statt. Der Stadt seniorenrat ist für die Stadtverwaltung und für die Politik eine große Unterstützung. Er gibt der Perspektive der Älteren eine Stimme und bringt viele mit ihnen erarbeitete Ideen in Verwaltung und Gremien ein.

Migration

Wissenschaft und Wirtschaft sind dringend auf den Zuzug ausländischer Fachkräfte angewiesen. Arbeitssuchenden aus Nicht-EU-Staaten wird der Zuzug allerdings unnötig erschwert. Die Zahl der Menschen, die wegen des Ukraine-Kriegs und zahlreicher anderer Konflikte, nicht zuletzt auch wegen der menschengemachten Klimakrise, nach Deutschland flüchtenden und in Tübingen ankommen, ist anhaltend hoch.

AL/Grüne stehen für eine humanitäre und gerechte Migrationspolitik. Menschen, die auf der Suche nach Schutz und Frieden zu uns kommen, wollen wir unterstützen und schützen. Wir setzen uns dafür ein, dass Geflüchtete eine Chancengleichheit in der Bildung und auf dem Arbeitsmarkt erhalten, hier ein Zuhause finden und ein selbständiges Leben führen können, ohne dauerhaft auf Unterstützung angewiesen zu sein. Ziel muss sein, sie möglichst schnell in Ausbildung, Lohn und Brot zu bringen - für die Geflüchteten, die Wirtschaft und den Sozialstaat. Das Tübinger Stipendium für Betriebe, die Geflüchteten eine Ausbildungsstelle geben, ist vorbildhaft.

Die Unterbringung der geflüchteten Menschen stellt eine gewaltige Herausforderung in einem ohnehin angespannten Wohnungsmarkt dar. Ein Ausbau sowie die stetige Instandhaltung von Geflüchteten-Unterkünften ist daher unverzichtbar, auch unkonventionelle und provisorische Lösungen werden erforderlich sein. Geflüchtete Menschen, insbesondere Kinder und Jugendliche, sind aufgrund der Kriege im Herkunftsland und ihrer Fluchterfahrung häufig traumatisiert und psychisch belastet. Dies ist ein Hindernis beim Spracherwerb, in der Schule, der Ausbildung und am Arbeitsplatz und führt zu Spannungen und Konflikten. Eine sozialpsychologische Unterstützung mit Therapieangeboten muss daher früh und niederschwellig erfolgen,

gegebenenfalls in der Muttersprache und auch in der Gebärdensprache. Dolmetscherdienste sind zu fördern.

Integration

In Tübingen leisten viele Menschen auf kommunaler und ehrenamtlicher Ebene sehr gute Arbeit, um Geflüchtete zu unterstützen und diese in die Stadtgesellschaft zu integrieren. Die finanzielle und personelle Ausstattung dieser Strukturen muss beibehalten werden. Wichtige Punkte hierbei sind: Sprachkurse, Integrationskurse, Wohnen, Kinderbetreuung, Bildung, Freizeit/Soziales, interkultureller Austausch, Inklusion. Einiges wird strukturell und finanziell vom Land geregelt, beispielsweise über das Integrationsmanagement der Stadt (gefördert vom Land). Dennoch gibt es Lücken, wie zum Beispiel die asylrechtliche Beratung. Deshalb unterstützen wir mit Freiwilligkeitsleistungen viele zivilgesellschaftliche Einrichtungen, Vereine und Organisationen, die uns helfen diese Lücken zu schließen. Wir sind dankbar für diese Angebote und werden sie weiterhin so gut es geht unterstützen.

Ausländeramt

Die bürokratischen Hürden für Migrant*innen müssen abgebaut werden. Das Ausländeramt in Tübingen ist überlastet und unterbesetzt. Dies führt auf allen Seiten zu Frustration. Wir wollen das Ausländeramt schnellstmöglich personell und strukturell so aufbauen, dass es seinen Pflichten und Aufgaben nachkommen kann. Unterstützung und Hilfe für Menschen muss Leitlinie aller Aktivitäten in der Ausländerbehörde sein.

Sprachförderung in Kita, Schule und Beruf

Kinder und Jugendliche mit unzureichenden Deutschkenntnissen müssen so schnell und so gut wie möglich beim Spracherwerb unterstützt werden. Nur durch Deutschkenntnisse gelingen Kita, Schule und Ausbildung, Integration und Teilhabe. Lehrkräfte müssen entlastet werden. Wir möchten Angebote für zugewanderte Jugendliche in Jugendzentren fördern, Nachhilfe und Unterstützung beim Deutschlernen ermöglichen. Wir möchten Sprachförderung im Bereich frühkindliche Bildung ausweiten. Zwei beispielhafte Projekte, die wir beständig unterstützen: Interkulturelles Netzwerk Elternbildung Tübingen (INET) und das Projekt "Mütter im Gespräch – Aktiv!" Wir stärken Eltern durch Bildungs- und Empowerment-Kurse. Die Stadt unterstützt Arbeitgeber*innen, wenn sie Deutschkurse und Weiterbildungsangebote in einfacher Sprache anbieten.

Menschen mit Behinderung

Wohnen

Menschen mit Behinderung sollen und wollen gleichberechtigt am öffentlichen Leben teilhaben. Sie möchten möglichst selbstbestimmt, selbständig und gemeinsam mit Menschen ohne Behinderung leben können. AL/Grüne setzen sich dafür ein, dass auch ein Mensch mit Behinderung diejenige Wohnform frei wählen kann, die zur jeweiligen Lebenssituation passt. Die städtische Wohnbaugesellschaft GWG kann und soll solche barrierefreien Wohnformen verwirklichen. Ganz allgemein setzen wir uns dafür ein, dass immer mehr Gebäude barrierefrei zugänglich werden.

Sprache

Manche Menschen mit Lernschwierigkeiten benötigen Informationen in Leichter oder in Einfacher Sprache. Wir setzen uns dafür ein, dass die Internetseiten der Stadt auch in dieser Hinsicht barrierefrei werden. Zudem sollen Veröffentlichungen sowie Formulare leicht verständlich sein und, wo möglich, in Leichte Sprache übersetzt werden. Bei Veranstaltungen sollen - wo möglich - Gebärdensprachdolmetscher eingesetzt werden. Außerdem werden wir darauf bestehen, dass die öffentlichen Veranstaltungsräume in Tübingen mit induktiven Höranlagen ausgestattet werden.

Arbeitsmarkt

Der Weg in den ersten Arbeitsmarkt ist für viele Menschen mit Behinderung sehr schwierig. Wir unterstützen Initiativen, die sich um dieses Thema kümmern. Die Stadtverwaltung ist hier auf einem guten Weg. Die städtische Wirtschaftsförderung (WIT) soll in Zusammenarbeit mit den Inklusionsbeauftragten Infoveranstaltungen und Angebote für die Unternehmen entwickeln, um die Arbeitsmöglichkeiten von und für Menschen mit Behinderung aufzuzeigen.

Hilfe für Helfer*innen

Die Arbeit zur Inklusion von Menschen mit Behinderung sollte in der Stadtverwaltung personell gestärkt werden. Für soziale Organisationen wie die Lebenshilfe, das Sozialforum mit seinen Selbsthilfegruppen, dem Forum Inklusion und anderen müssen Zuschüsse als Ausdruck für die Wertschätzung ihrer Arbeit gesichert sein.

Armut

Tübingen unterstützt Menschen mit geringem Einkommen mit vielen Programmen, die ihre Teilhabe fördern und die gut angenommen werden. Trotzdem müssen immer mehr Menschen zur Tafel gehen, um Nahrungsmittel zu bekommen. Wir werden die Tübinger Tafel weiterhin unterstützen und Menschen gezielt fördern, damit sie ihr Einkommen erhöhen können. Für wohnungslose Menschen unterstützen wir die Verbesserung der Angebote von Wohnheimen. AL/Grüne halten dies für wesentliche Elemente der Förderung von Gemeinschaft.

Gesundheit

Gesundheit ist mehr als die Abwesenheit von Krankheit. Wir setzen uns für mehr Prävention und Gesundheitsförderung ein, unabhängig von Einkommen, Herkunft, Alter, Geschlecht und sozialer Situation. Gesundheitliche Gerechtigkeit ist uns ein Anliegen. Armut darf nicht krankmachen. In der Corona-Pandemie hat sich gezeigt, wie wichtig ein funktionierendes Gesundheitssystem ist. Wir verstehen Gesundheit als eine kommunale Querschnittsaufgabe. Entscheidungen in den verschiedensten Bereichen, wie Verkehrs- und Stadtplanung, in der Sozialpolitik oder in der Bildung, beeinflussen die Gesundheit. Die Stadt hat im Sinne der kommunalen Daseinsvorsorge für gesunde Lebensverhältnisse zu sorgen.

Inklusion im Gesundheitswesen

Einrichtungen des Gesundheitswesens sollen für alle Menschen barrierefrei zugänglich, nutzbar und auf die besonderen Bedarfe von Menschen mit Einschränkungen eingestellt sein. Das ist bis jetzt nicht der Fall.

Als übergreifender Ansatz für die Umsetzung gesundheitsfördernder Maßnahmen und sozialer Hilfen in den Stadtteilen, Quartieren und Teilorten wird die Sozialraumorientierung genutzt. Als quartiersnahe und niederschwellige Anlaufstationen für Themen der Gesundheitsvorsorge und Fürsorge sollen die Stadtteiltreffs anerkannt und ausgestattet werden. Diese Angebote sollen so barrierefrei wie möglich sein, räumlich sowie auch in anderer Hinsicht. Die Rahmenkonzeption der Stadtteiltreffs greift dieses Ziel auf. Stadtteiltreffs bieten niedrigschwellige Veranstaltungen und Angebote zur Gesundheitsvorsorge an. Modellhaft werden Gesundheitssprechstunden in Stadtteiltreffs und der Einsatz von ambulanten Quartierspflegekräften in einzelnen Stadtteilen erprobt. Eine Verständigung mit den Ratsuchenden sollte in mehreren Sprachen möglich sein, auch in Gebärdensprache. Dafür werden wir uns einsetzen.

Sucht und Drogen

Alkohol, Drogen, Tabletten - viele Menschen sind abhängig von legalen und illegalen Substanzen. Wir lehnen eine Stigmatisierung von Suchtkrankheiten ab und befürworten eine aufsuchende Sozialarbeit. AL/Grüne wollen weiterhin die Aidshilfe Tübingen/Reutlingen sowie die Drogen- und Suchtberatung bei ihrer wichtigen Arbeit unterstützen. Die Suchtambulanz am Westbahnhof ist etabliert und macht im Bereich der Substitution sehr gute Arbeit. Viele Suchtkranke konsumieren aber weiterhin Heroin in Parks und öffentlichen Toiletten. Wir sind für die Schaffung von Drogenkonsumräumen. Wir möchten als Modellprojekt eine Heroin-Ambulanz, wo an schwer Drogenabhängige kontrolliert halbsynthetisches Heroin abgegeben wird. Dies reduziert die Verbreitung von HIV und Hepatitis, die Verwahrlosung des öffentlichen Raums und ermöglicht den Abhängigen ein würdevolles Leben. Wir wollen die Möglichkeit von „Drugchecking“ einsetzen - ein kostenloses Beratungs- und Testangebot zu psychoaktiven Substanzen.

Gegen Rassismus und Diskriminierung

Wir stellen uns gegen jegliche Art gesellschaftlicher Ausgrenzung und schützen Betroffene. Vielfalt in allen gesellschaftlichen Bereichen machen wir sichtbar und unterstützen sie. Wir setzen uns für gleiche Chancen und gleiche Rechte ein. Wir kämpfen für Freiheit, Respekt und Akzeptanz aller Menschen. Dennoch erleben Menschen mit Migrationserfahrung auch in Tübingen Ausgrenzung und Rassismus. Wir treten dafür ein, dass Mitarbeiter*innen der Stadtverwaltung, der Schulen und Kitas durch Schulungen dafür noch weiter sensibilisiert werden.

Gleichstellung

Als Querschnittsaufgaben müssen Aspekte der Gleichstellung in allen Bereichen des Verwaltungshandelns berücksichtigt werden. Bereits bei der Verteilung der Gelder im städtischen Haushalt gilt es, der strukturellen Diskriminierung von Frauen entgegenzuwirken. Deutschland hat sich 2017 der Istanbul-Konvention angeschlossen, auch Tübingen muss den Anforderungen der Istanbul-Konvention zur Bekämpfung der Gewalt gegen Frauen gerecht werden. Opfer von

gendenspezifischer Gewalt brauchen leicht zugängliche Beratung und Anlaufstellen. Frauenhäuser und Übergangswohnungen müssen in ausreichender Zahl zur Verfügung stehen und finanziell abgesichert sein. Die städtische Stabstelle für Gleichstellung soll personell und materiell so ausgestattet werden, dass sie der Fülle von Aufgaben gerecht werden kann. Die Vorgaben aus dem Chancengleichheitsgesetz des Landes sollen konsequent erfüllt werden. Flexibilisierung der Arbeitszeiten in der öffentlichen Verwaltung und den städtischen Betrieben dient dem Ziel der besseren Vereinbarkeit von Berufs- und Privatleben. Wir fordern die paritätische Besetzung von Führungspositionen in der kommunalen Verwaltung und in städtischen Gesellschaften und deren Aufsichtsräten. Wir möchten ähnlich dem Konzept „She’s next“ aus Augsburg ein städtisches Mentoring-Programm für junge Frauen und Mädchen auf den Weg bringen. Dabei geht es darum, Mädchen in einem mehrtägigen Seminar mit Frauen aus der Stadtverwaltung, der Universität, verschiedenen Unternehmen und weiteren Gesellschaftsbereichen zusammenzubringen, um Vorbilder und Netzwerke zu schaffen.

Geschlechtergerechte Sprache bei Schriftverkehr, Vorlagen und Verlautbarungen unserer Stadt ist unser Ziel. Wir setzen uns für den Bau von Unisex-Toiletten ein. Dort sind idealerweise auch Wickeltische zu platzieren. Kostenlose Menstruationsartikel werden bereits in städtischen Toiletten ausgelegt.

Reale und gefühlte Sicherheit

Die Vielfalt in der Stadt bringt neben vielen positiven Reizen auch Verunsicherung mit sich. Menschen fühlen sich von anderen irritiert und manchmal auch bedroht. Die Kriminalstatistik zeigt, dass Tübingen eine sehr sichere Stadt ist. Die Verunsicherung ist dennoch ernst zu nehmen. Wir wollen Begegnung und gegenseitiges Interesse fördern, damit Gemeinschaft und gegenseitige Unterstützung wachsen. Und wir wollen die Stadt so gestalten, dass die Sicherheit aller Menschen gewährleistet ist. Im öffentlichen Raum dürfen keine Angsträume entstehen. Bushaltestellen und zentrale Stellen in Parks sind so mit Licht-nach-Bedarf auszustatten, dass sie dem Sicherheitsbedürfnis entsprechen und gleichzeitig der Lichtverschmutzung entgegenwirken.

Queer

Queeres Leben ist natürlicher Bestandteil der Tübinger Stadtgesellschaft. Veranstaltungen wie der CSD Tübingen sowie das Projekt „Queer durch Tübingen“ von Stadtmuseum und Stadtarchiv tragen zur Sichtbarkeit von queereinem Leben bei. Unsere Fraktion ist und bleibt Ansprechpartnerin für die queere Community in Tübingen. Mit der Tübinger Queerbeauftragten haben wir eine Anlaufstelle in der Verwaltung geschaffen. Organisationen wie die Aidshilfe Tübingen/Reutlingen und das Queere Zentrum Tübingen leisten wichtige Arbeit und bieten der Community Struktur in Tübingen. Wir wollen einen Weg finden, die Finanzierung des Queeren Zentrums langfristig sicherzustellen.

Sport

Lebendige Sportstadt Tübingen

Sport ist Bewegung, Gesundheit, Spiel, soziale Kompetenz und Freude am Leben. Sport ermutigt Menschen, ihre Potenziale zu nutzen, fordert zum Wettkampf heraus und verbindet Menschen

unterschiedlichster Kulturen. Sportvereine übernehmen eine wichtige gesellschaftliche Aufgabe, für die sie eine verlässliche kommunale Förderung brauchen. Deshalb werden wir die Sportstätten in Tübingen weiter ausbauen. Sport findet nicht nur auf dem Sportplatz und in der Sporthalle statt, sondern auch im Alltag in der Stadt und deren Umfeld. Zu Fuß gehen, Radfahren und das Entdecken der Spiel- und Bewegungsmöglichkeiten des eigenen Quartiers fördern Gesundheit und die Lebensqualität in Stadt und Land.

Tübingen hält eine große Vielzahl von Angeboten für alle bereit. Die Sichtbarkeit kann durch eine optimierte Gestaltung der städtischen Website und einen verbesserten Informationsfluss über Soziale Medien noch verbessert werden.

Vereinssport

Das Sportleben wird von einer sehr engagierten Vereinslandschaft organisiert. In den letzten Jahren wurden etliche Sportplätze und Sporthallen saniert und neu gebaut. Die Flutlichtanlagen wurden größtenteils auf LED-Beleuchtung umgestellt, um 90 Prozent der Energie zu sparen. Wo noch nicht geschehen, möchten wir bei einer Umsetzung unterstützen. 2024 soll endlich die Freiluft-Sporthalle auf Waldhäuser-Ost für den Schul- und Vereinssport zur Verfügung gestellt werden. In der Jahnallee werden eine Umkleide- und Sanitäreinrichtung sowie öffentliche Toiletten für den „3 in One Bewegungspark“ und den Kinderspielplatz geschaffen. Wir setzen uns dafür ein, dass die Stadt die Tübinger Sportvereine bei der Unterhaltung und Pflege ihrer Anlagen sowie bei der Neubeschaffung von Sportgerätschaften unterstützt.

Hallenbad

Wir brauchen mehr Wasserflächen für Freizeit, Schwimmsport und Schwimmunterricht. Das „Hallenbad Süd“ wird im nächsten Jahrzehnt das größte Bauprojekt der Stadt und der Stadtwerke. Die Planungen haben begonnen. Wir AL/Grüne werden darauf achten, dass diese unter bestmöglicher Beteiligung von Bürger*innen und Vereinen erfolgen und dass Funktionalität, Energieverbrauch und die Grünanlagen höchsten Standards entsprechen.

Freibad

Das Freibad Tübingen ist in der Region einzigartig: Es verfügt nach der jüngsten Erweiterung über ein sehr großes Gelände und bietet die verschiedensten Möglichkeiten der sportlichen Betätigung und/oder Entspannung; dazu kommen einzigartige Öffnungszeiten – im Hochsommer von 6 bis 21 Uhr – die es Berufstätigen erlauben, vor oder nach der Arbeit das Freibad zu besuchen. Lediglich das Saisonende ist mit Mitte September häufig zu früh. Wir setzen uns dafür ein, dass die Stadtwerke das Saisonende in Abhängigkeit der Wetterlage und Wettervorhersage auf Ende September bis Anfang Oktober verschieben.

Inklusion

Seit der Gründung der Projektgruppe „Inklusion durch Sport“ im Jahr 2011 hat neben offenen Bewegungsangeboten eine Vielzahl von Tübinger Vereinen auch inklusive Angebote in verschiedenen Sportarten geschaffen. Übungsleiter*innen erhalten eine spezifische Fortbildung. Die Habila GmbH bietet Beratung in praktischen und finanziellen Fragen. Die Stadt fördert die

Inklusion durch Sport regelmäßig, und es fand in Zusammenarbeit mit dem Institut für Sportwissenschaft der Universität Tübingen schon eine Reihe von inklusiven Sporttagen statt.

Das Tübinger Projekt gilt als ein Pilotprojekt im landesweiten Programm BISON (Baden-Württemberg inkludiert Sportler ohne Norm), wurde schon 2014 durch den Landesinklusionspreis ausgezeichnet und drei Vereine haben inzwischen die BISON-Plakette des Landes bekommen. Tübingen war dieses Jahr „Host Town“ der Special Olympic World Games, die im Juni 2023 in Berlin stattfanden.

Immer noch ist es jedoch für viele Betroffene schwierig, geeignete Angebote zu finden. Dabei spielen sowohl die Art der Werbung und die Kosten des Angebots wie auch die Behinderungsart eine Rolle, und es fehlen bei einigen Vereinen noch Wissen und Kompetenzen dafür, wie man inklusive Angebote schafft.

Bürgerbeteiligung

In Tübingen gibt es viele Möglichkeiten, sich an kommunalen Entscheidungsprozessen zu beteiligen, politische Debatten zu führen und zu moderieren: Informationsveranstaltungen, Runde Tische, Vorberatungen in Ortschaftsräten und Ortsbeiräten, Debatten und Empfehlungen des Integrationsrats, Diskussionen und Anträge des Jugendgemeinderats, Abwägung und Entscheidungen des Gemeinderats. Auch können sich die Bürger*innen direkt an die Fachabteilung Bürgerbeteiligung, Zentrale Dienste und Veranstaltungen wenden. In der Praxis zeigt sich, dass die Bürger*innen dadurch viel Einfluss auf Entscheidungen des Gemeinderats und der Verwaltung haben. Wir wollen auch andere digitale Formate fördern, die die Kommunikation effektiv ergänzen und erweitern, wo sie durch nicht barrierefreie Gegebenheiten eingeschränkte Menschen behindern.

Demokratie braucht Respekt

Demokratie braucht Respekt, und der droht gerade verloren zu gehen. Gerade in der Kommunalpolitik kommt es darauf an, bei einem klaren Wertekompass differenziert wahrzunehmen, verschiedene Perspektiven zu akzeptieren und aufzupassen, dass es vor allem um Inhalte geht. So wird Gemeinschaft erhalten. Vorschnelle Abwertung, wie wir sie oft erleben, gefährdet das große Engagement der Bürgerschaft, vieler Kommunalpolitiker*innen und vieler Mitarbeiter*innen der Verwaltung. Im Gemeinderat gibt es demgegenüber eine gute Kooperation zwischen den Fraktionen. Dafür, dass in Tübingen weiterhin vertrauensvoll für die Sache gearbeitet wird, setzen wir uns ein.

Digitales Angebot der Stadt ausweiten

Gemeinderatssitzungen werden aktuell live übertragen. Dieses Angebot soll technisch verbessert werden. Zudem wollen wir prüfen, ob die Diskussionen zu einzelnen Tagesordnungspunkten gespeichert werden können, um sie als Video-Podcasts bereitzustellen.

Ehrenamt

In Tübingen wird großartiges Ehrenamt praktiziert. Die Funktion des Ehrenamts wird an Bedeutung zunehmen. Aufgabenfelder gibt es genug. Dabei sollte ehrenamtliches Handeln durch

Kommunales Handeln ergänzt und durch Coaching und Fortbildung unterstützt werden. Ganz besonders gilt das auch für Menschen mit Einschränkungen. Für sie muss häufig erst eine politische Grundausbildung in der Selbstvertretung ihrer Interessen angeboten werden. Dafür werden wir uns einsetzen.

Insbesondere für diejenigen, die nicht mehr im Erwerbsleben eingespannt sind, ist ehrenamtliches Engagement erfüllend und sinnstiftend. Um ehrenamtliches Engagement zu würdigen, halten wir die Einführung einer Ehrenamtscard für eine gute Sache. Ehrenamtliche erhalten damit Ermäßigungen bei verschiedenen Kultur- und Freizeiteinrichtungen.

Für die großen sozialen Organisationen, das Sozialforum als Träger des Forums Inklusion und seiner Selbsthilfegruppen, die Lebenshilfe, die Habila und andere muss die Zuschussförderung gesichert sein als Wertschätzung ihrer Arbeit. Im Forum Inklusion, der Selbstvertretung der Interessen der Menschen mit Einschränkungen, hat eine Diskussion begonnen, die gesetzlich gegebene Möglichkeit eines Beirats zum Gemeinderat zu bilden, um die Wirkung ihrer politischen Arbeit zu stärken und zu vertiefen. Diesen Prozess werden wir mit Interesse verfolgen und ihn gegebenenfalls unterstützen.

STT-Stadtteilzentren

Mit großer Geschwindigkeit haben sich Stadtteiltreffs etabliert. Sie erfüllen in den einzelnen Sozialräumen und der gesamten Stadt Funktionen des sozialen Zusammenhalts und der Selbstorganisation der Stadtteilbewohner*innen. Wir fördern diese Orte der Begegnung für alle, der Beratung und gegenseitigen Unterstützung, des Angebots von Räumen für Feste und Veranstaltungen, Orte der Vernetzung und Kooperation. Auch können Aufgabenstellungen der gesamten Stadt wie Klimaschutz kleinformig diskutiert werden.

Vielfalt in Gremien

Die Gesellschaft wird immer diverser, und das ist gut so. Allerdings zeigt sich diese Diversität nur selten in politischen Gremien. Wir setzen uns für mehr Vielfalt in der Politik ein. Wir möchten, dass alle sich aktiv politisch beteiligen. Menschen aller Altersgruppen, mit Migrationserfahrung, mit kleinen Kindern, mit Einschränkungen, mit verschiedenem Bildungshintergrund, mit Diskriminierungserfahrung. Sie alle sollen mit ihren Lebensentwürfen und Perspektiven in den Gremien vertreten sein.

Nur wenn alle Menschen in politischen Gremien repräsentiert sind, können ihre Perspektiven und Belange Gehör finden.

Bürgerbeteiligung, Bürgerräte und Bürgergutachten können die Teilhabe an kommunalen Entscheidungsprozessen ermöglichen und gerade in der heutigen Zeit unsere Demokratie stärken. Deshalb wollen wir die Bürgerbeteiligung zur Fortentwicklung unserer Stadt unterstützen, stärken und wo sinnvoll und notwendig verbessern.

Kapitel 4: Gute Bildung für alle

Bildung für alle: Tübingen setzt Maßstäbe für gleiche Chancen und innovative Lernumgebungen. Mit modernen Einrichtungen von Kitas bis Universitäten gestalten wir eine zukunftsweisende Bildungslandschaft. Jedes Kind erhält individuelle Unterstützung für eine optimale Entwicklung. Tübingen engagiert sich für die besten Bildungschancen, Gerechtigkeit und die aktive Teilhabe von Kindern und Jugendlichen.

Gute Bildung und Betreuung – in den Tübinger Kitas

AL/Grüne setzen sich für individuelle und ausreichende Betreuung in den Kitas ein, denn Kitas sind der Schlüssel zu frühkindlicher Bildung. Alle Kinder sollen die gleichen Start- und Bildungschancen erhalten. Durch eine individuelle, anregende und vielfältige pädagogische Förderung in Tübingen wollen wir das Betreuungsangebot weiter verbessern. Wir wissen, dass der bundesweite Mangel an Fachkräften nicht über Nacht behoben werden kann. Aber wir setzen auf Kooperation und Dialog, um die besten Ideen zu entwickeln. Um die Betreuungsbedürfnisse der Eltern zuverlässig zu erfüllen, setzen wir auf den Ausbau der praxisintegrierten Ausbildung (PIA) und beteiligen uns am Landesprogramm „Quereinstieg“. So gewinnen wir zusätzliche Fachkräfte für Tübingens Kitas.

Neben der Gewinnung neuer Fachkräfte ist es wichtig, die Arbeitsbedingungen der bereits bei uns tätigen Erzieher*innen zu verbessern. Zusätzliche Maßnahmen zur Personalbindung müssen ergriffen werden. Verstärkte Angebote für Sprachförderung durch Zusatzkräfte können die Betreuung vor Ort verbessern und das Team entlasten.

Um die Betreuung vor Ort zu optimieren und die Teams zu entlasten und zu unterstützen, setzen wir auf verstärkte Angebote zur Sprachförderung durch zusätzliche Mitarbeiter*innen. Wir möchten die bestehenden Landesprogramme zur Sprachförderung fortsetzen und langfristig verankern. Zusätzlich möchten wir Eltern die Möglichkeit geben, das Betreuungsangebot zu ergänzen und mitzugestalten, wo dies möglich ist. Gemeinsam schaffen wir so eine lebendige und bedarfsorientierte Kinderbetreuung in Tübingen.

AL/Grüne setzen sich für die zusätzliche Unterstützung der Kitas und Kindergärten durch Bürofachkräfte ein, damit das pädagogische Fachpersonal entlastet und ihm der Fokus auf seine zentrale Aufgabe, die Arbeit mit den Kindern, gegeben werden kann. Auch dadurch können vorhandene Ressourcen geschont und Erzieher*innen zielorientierter und effektiver eingesetzt werden. Die tatsächlich vorhandenen personellen Ressourcen im Bereich Kitas und Kindergärten müssen in einer Balance zur Stadtentwicklung organisiert sein.

Gute Bildung – in Tübinger Schulen

In Tübingen werden die Schulen auf vielerlei Weise unterstützt. Moderne Schulen sind heute mehr als Orte der Wissensvermittlung. Als Ganztagschulen sind sie „Lebensort“ der Schüler*innen und bieten Raum für die jeweilige persönliche Entwicklung. Die Angebote der Schulsozialarbeit gehören inzwischen selbstverständlich dazu. Für AL/Grüne sind auch Angebote wie eine Schulpflegerkraft oder Schulpsycholog*innen geeignet, die Schüler*innen zu unterstützen.

AL/Grüne befürworten die Finanzierung der Schulsozialarbeit und der Kernzeitbetreuung, die Bereitstellung eines Mittagessens, die Einrichtung von Schülercafés und Mensen, die pädagogische Ausgestaltung der Angebote an den Nachmittagen, die Koordination der Zusammenarbeit von Schulen mit Vereinen, die Hausaufgabenbetreuung. Die Unterstützungen für Schüler*innen in schwierigen Lebenslagen, müssen weiter ergänzt werden. Der nationale Bildungsbericht 2022 zeigt erneut, dass in Deutschland der Bildungserfolg noch immer sehr stark von der sozialen Herkunft abhängig ist. AL/Grüne stehen für eine Bildungspolitik, deren Ziel es ist, alle Schüler*innen unabhängig von sozialer oder ethnischer Herkunft, Geschlecht und Begabung optimal zu fördern. Wir wollen sicherstellen, dass Schüler*innen auch bei steigender Heterogenität ein differenziertes, auf ihre individuelle Lernausgangslage passendes Lernangebot erhalten.

Darüber hinaus hat die Schulsozialarbeit die Aufgabe, junge Menschen in ihrer individuellen, persönlichen und sozialen Entwicklung zu unterstützen und zu begleiten. Sie hat sowohl präventiven Charakter als auch eine wichtige Funktion bei der Bewältigung von Krisensituationen. In den vergangenen fünf Jahren wurden sie auch auf Veranlassung von AL/Grüne erheblich ausgebaut. Das Fortbildungsangebot für pädagogische Fachkräfte zur Sensibilisierung im Umgang mit diversen Lebenswirklichkeiten von Kindern und Jugendlichen werden wir weiterführen.

Inklusion

Inklusion ist in Kitas und Schulen selbstverständlicher geworden. Um Inklusion allen Kindern mit Bedarf anbieten zu können braucht es ausreichend Fachpersonal wie Inklusionsassistent*innen, aber auch Schulbegleiter*innen. Dafür setzen wir uns ein.

Gute Grundschulen

Die Grundschule ist die vielfältigste aller Schulformen. Dort wird das Fundament für Bildungsgerechtigkeit gelegt. Ganztagschulen schaffen gemeinsame Lernerfolge und Chancengerechtigkeit. Sie erleichtern für die Eltern die Vereinbarkeit von Familie und Beruf. Sie erlauben ein vielfältiges und hochwertiges Bildungs- und Betreuungsangebot, bei dem sich Unterricht, Lernpausen, musikalisches Lernen oder sportliche Angebote abwechseln. Schon jetzt bietet die offene Ganztagschule den Eltern ein flexibles Betreuungsangebot. Der ab dem Schuljahr 2026/27 geltende Anspruch auf ganztägige Betreuung wird damit erreicht. Es ist uns ein wichtiges Anliegen, die Schulen hierfür personell, räumlich und sachlich so auszugestalten, dass sie ihrer Aufgabe, Kinder zu bilden und zu fördern, nachkommen können. Wir wollen die Sprachförderung auch in den Tübinger Grundschulen stärken und weiter ausbauen. Dabei möchten wir den Kreis der Beteiligten erweitern. So können zum Beispiel Eltern einbezogen werden – beispielsweise im Kontext des Programms „Family Literacy“. Mit der „Leserei“ wird es an der Hügelschule bereits erfolgreich praktiziert. Wir möchten prüfen, ob junge Menschen im Rahmen ihres Freiwilligen Sozialen Jahres (FSJ) oder als Lehramtsstudierende neben der Betreuung auch ergänzend in der Sprachförderung eingesetzt werden können. Wir stärken Inklusion an den Schulen und Kitas durch Frühdiagnostik in der Sprachentwicklung und über externe Beobachtung, zum Beispiel über freiberufliche Logopädie.

Gute Gemeinschaftsschulen

AL/Grüne stehen für vielfältige Schul- und Ausbildungsangebote in Tübingen. Hier können Schüler*innen einen Hauptschul- oder einen Realschulabschluss machen, an den sich eine duale oder schulische Ausbildung anschließt. Oder sie gehen über in die gemeinsame gymnasiale Oberstufe an der Hans-Küng-Gemeinschaftsschule, um die allgemeine Hochschulzugangsberechtigung zu erwerben. Jedes Kind und jede*r Jugendliche soll die Möglichkeit haben, sich orientiert an den eigenen Bedürfnissen und Fähigkeiten zu entwickeln. Deshalb unterstützen wir von Beginn an die Gemeinschaftsschule als inklusive Schulart, an der alle Schüler*innen selbstständig und eigenverantwortlich lernen können.

Gute Gymnasien

Mit einer Übergangsquote auf ein Gymnasium von über 75 Prozent liegt Tübingen landesweit weiterhin an der Spitze der Statistik. Rund 4000 Schüler*innen besuchen aktuell eines der fünf Tübinger Gymnasien. Wir unterstützen die gute Arbeit, die dort geleistet wird, indem wir uns für gute Räume, für eine moderne digitale Ausstattung, aber auch für eine gute Essensversorgung und für eine bedarfsgerechte Versorgung mit sozialpädagogischen Fachkräften einsetzen. Diesen erfolgreichen Weg werden wir fortführen. Vor dem Hintergrund der steigenden Schüler*innenzahl wird es eine zentrale Aufgabe des neuen Gemeinderates sein, den Bau einer zusätzlichen weiterführenden Schule in Tübingen zu beschließen.

Angesichts der Entwicklung der Anmeldezahlen spricht vieles für ein weiteres Gymnasium. Wir sind offen, hier neue Wege zu beschreiten. So kann ein Gymnasium mit handwerklich ausgerichteten Profil- und Neigungsfächern bereits ab der Unterstufe Schüler*innen Einblicke und handwerkliche Fertigkeiten vermitteln – und damit das Angebot der Tübinger Gymnasien sinnvoll ergänzen. Wir werden die Entscheidungen über den Schwerpunkt der neuen Schule in Tübingen und des richtigen Standortes gemeinsam mit allen Beteiligten treffen.

Das neunjährige Gymnasium gibt es in Tübingen nicht nur an beruflichen Gymnasien. An der Hans-Küng-Gemeinschaftsschule gibt es seit 2018 die gemeinsame Oberstufe der drei Gemeinschaftsschulen. Lernexpeditionen, die Vermittlung überfachlicher Kompetenzen und Einblicke in die Lebenspraxis ergänzen dort die pädagogische Arbeit. Wir freuen uns, dass dort die Anmeldezahlen stetig steigen und dass im Jahr 2022 der Schnitt des Abiturs besser war als der Abiturschnitt im Land Baden-Württemberg. Die Tübinger Oberstufe der Gemeinschaftsschulen ist ein Erfolgsmodell, das wir weiter fördern werden.

AL/Grüne verfolgen die aktuelle Debatte um die Wiedereinführung von G9 an Allgemeinen Gymnasien aufmerksam. Gemeinsam mit den Tübinger Schulen werden für uns für die beste Lösung für Tübingen einsetzen.

Gute, moderne Schulgebäude für gute Bildung

Um den schulischen Erfolg der jungen Menschen an den Tübinger Schulen bestmöglich zu unterstützen, haben wir in den vergangenen Jahren bereits viel erreicht. Die Liste der baulichen Verbesserungen ist lang: Nachdem das Uhland-Gymnasium einen Neubau beziehen konnte und die Geschwister-Scholl-Schule neue Fachräume erhalten hat, wird aktuell das Kepler-Gymnasium orientiert an den neuesten Bedarfen saniert. Auch die Hans-Küng-Gemeinschaftsschule wird für

ihre Oberstufe einen Neubau erhalten. Die Gemeinschaftsschule der Französischen Schule wird im Feuerhägle neue Räume beziehen. Wir versorgen die Grundschule Steinlach wie auch das Carlo-Schmid-Gymnasium mit modernen Unterrichtsräumen. Und mit seiner Mensa und Aula wird das Schulzentrum Feuerhägle gut aufgestellt sein. Auch die Grundschulen Köstlinschule und Winkelwiese freuen sich auf ihre Neubauten. Wir wollen auch in den kommenden Jahren bedürfnisorientiert Schulgebäude modernisieren und sowohl in energetischer als auch in pädagogischer Hinsicht auf den neuesten Stand der Technik bringen.

Schulfrühstück und Schulessen

Ein Schulfrühstück, zum Beispiel als Angebot durch „Frühstücksinitiativen“ oder Fördervereine kann eine wertvolle Ergänzung an mancher Grundschule sein. Kinder, die ohne Frühstück am Unterricht teilnehmen, sind viel weniger leistungs- und aufnahmefähig. Zusammen mit den Schulen möchten wir prüfen, wo ein solches Angebot sinnvoll ist und wo die Stadt als Schulträger dabei unterstützen kann.

Was das Schulessen an Tübinger Schulen betrifft: Wir haben uns erfolgreich dafür eingesetzt, dass dabei Lebensmittel aus biologischem Anbau Verwendung finden und dass die Fleischgerichte reduziert werden. Der Gesundheit zuliebe und aus ökologischen Gründen.

Gute Bildung in Tübingen – ein Leben lang

Die Universität Tübingen bietet heute rund 200 verschiedene Studiengänge für etwa 28 000 Studierende an. Diese leben und lernen in unserer Stadt. Für AL/Grüne ist eine gute Zusammenarbeit zwischen Stadt, Universität und dem Studierendenwerk sehr wichtig. Wir setzen uns gegenüber dem Land für eine ausreichende Finanzierung der Universität ein. Wir wollen, dass sich junge Menschen hier wohlfühlen.

Das Tübinger Bildungsnetzwerk (TüBi) bietet in Tübingen ein breites Programm der Bildung und Weiterbildung aller Stadtbewohner*innen. Wir stehen in Austausch mit den Bildungsträgern und möchten die gute Zusammenarbeit weiterhin festigen.

Wir setzen auf Bildung, die ein Leben lang begleitet. Vom frühen Kindesalter bis ins Erwachsenenleben fördern wir individuelle Potenziale, bieten vielfältige Lernmöglichkeiten und schaffen eine inspirierende Lernumgebung. Wir investieren in moderne Bildungseinrichtungen, stärken den Zugang zu lebenslangem Lernen und fördern Weiterbildungsangebote für alle Altersgruppen. Gemeinsam gestalten wir eine Stadt, in der Bildung nicht nur eine Etappe, sondern ein lebenslanger Weg ist – für eine nachhaltige persönliche und gesellschaftliche Entwicklung.

Kapitel 5: Für ein lebendiges und nachhaltiges Kulturleben in Tübingen

In Tübingen setzen sich AL/Grüne für ein vielfältiges und lebendiges Kulturleben ein, das den Zusammenhalt fördert, Identität stiftet und Freiräume für Inspiration, Diskussion, Gestaltung und Unterhaltung bietet. Wir erkennen die bedeutende Rolle der Kultur in unserer Stadt an und setzen uns nachdrücklich für ihren Erhalt und ihre Entwicklung ein. Ein kultureller und interkultureller Austausch stärkt unsere Stadtgemeinschaft und fördert eine positive und lebensbejahende Stimmung.

Die Tübinger Kultur ist durch eine lokale Besonderheit gekennzeichnet: den steten Dialog zwischen Stadt und Universität, zwischen Kultur und Wissenschaft. Die Vielfalt des kulturellen Angebots in allen Sparten (Bildende Kunst, Film, Musik, Literatur, Performance, Tanz, Theater) ist ein wesentliches Element für die hohe Attraktivität und Lebensqualität in der Universitätsstadt. Kultur ist – gerade mit Blick auf die Tübinger Stadtentwicklung und die dringend notwendige Gewinnung von Fachkräften – daher auch ein wirtschaftlicher Faktor. Sie wirkt als Innovationsmotor, ist geistige Basis und freier Denk-Raum, indem sie Zeitfragen aufgreift, Perspektiven wechselt, Identitäten, Traditionen und Werte hinterfragt und dadurch Neues möglich macht.

Kultur – inklusiv und barrierefrei

Wir stabilisieren die bereits vorhandenen Kulturangebote für Menschen mit besonderen Bedürfnissen und entwickeln weitere Konzepte, um die Barrierefreiheit von Kulturevents weiterzuentwickeln und die künstlerische Aktivität von Menschen mit Einschränkungen weiter zu fördern.

Förderung von kulturellen Einrichtungen aller Art

Wir haben die Sanierung – nachhaltig und grün – verschiedener soziokulturell genutzter Gebäude auf den Weg gebracht und damit einen wichtigen Beitrag zum Kulturleben geleistet. Als wichtigstes Projekt sei hier das Sudhaus genannt. Mit der Sanierung der Stadtbücherei und der Musikschule wollen wir auch in Zukunft dafür sorgen, dass alle Menschen in Tübingen die Möglichkeit haben, ihre soziokulturellen Fähigkeiten zu entfalten.

Auch die Festival- und Kinolandschaften sind uns wichtig! Wir fördern und unterstützen Projekte wie das Sommernachtskino/-Theater, das Cine Latino, die Französischen Filmtage sowie stadtübergreifende Angebote und sind begeistert von den jüngsten privaten Initiativen im Kino-Bereich. Kultur und soziokultureller Austausch muss auch in Zukunft breit gefächert verstanden werden! So gibt es Projekte in unserer nächsten Umgebung, die weiterhin unserer Unterstützung bedürfen.

Die Stadtteiltreffs sind wichtige Anlaufstellen für Veranstaltungen jeglicher Art. Sie besser zu vernetzen und zu stärken ist uns ein Anliegen. Aber auch über die Grenzen hinaus ist es grundlegend, Städte- und Solidaritätspartnerschaften zu pflegen und zu beleben. Es gibt hier viele große und kleine Veranstaltungen, die wir weiter ausbauen wollen.

Kultur braucht Räume

Bildende Künstler*innen wollen wir darin unterstützen, geeignete Atelier- und Ausstellungsräume zu finden. Hier gibt es seit Jahren in Tübingen einen Raum-Mangel.

Kultur statt Leerstand

Ein weiteres wichtiges Projekt ist die Nutzung leerstehender Ladenflächen als Zwischenlösung und zur Belebung der Innenstadt und Stadtquartiere. Leerstehende Ladenflächen könnten verstärkt für Kulturprojekte verwendet werden, was die Innenstadt bunter und lebendiger macht. Wir werden uns dafür einsetzen, dass Leerstände zentral erfasst und Räume an Künstler*innen zu fairen Konditionen vermittelt werden können. Gerade auch Leerstände in der Tübinger Innenstadt könnten für kulturelle Pop-up-Events oder Interimslösungen kreativ genutzt werden. Tübingen ist eine Stadt der Musik. Musiker*innen, Ensembles, Bands sowie eine Vielzahl an Tübinger Chören benötigen ebenfalls seit Jahren zusätzliche Räume für Proben und Aufführungen. Daher unterstützen wir als AL/Grüne die weitere Prüfung und Entwicklung des in der Kulturkonzeption 2012 vorgesehenen „Konzertsaals“.

KulTour-Fahrkarte und Veranstaltungen

Wenden wir den Blick in die Zukunft, so denken wir unter anderem über die Einführung einer KulTour-Fahrkarte nach. Die Kombination von Eintrittskarten und ÖPNV-Tickets sehen wir als wichtigen Beitrag zu gelebter Nachhaltigkeit. Wichtig ist, dass die Preise für die Menschen stabil bleiben, damit sie auch weiterhin das breite kulturelle Angebot in Tübingen nutzen können. Das haben wir im Blick und möchten das auch in Zukunft unterstützen!

Kulturelle Bildung an Schulen

Wir setzen uns für eine verstärkte kulturelle Bildung an Schulen und Kindergärten ein. Kinder in ihrer künstlerischen und musischen Kreativität zu fördern, wollen AL/Grüne durch gezielte Kooperationen von Kindergärten und Schulen mit Tübinger Kultureinrichtungen und Vereinen, mit Schriftsteller*innen, Künstler*innen, Musiker*innen, Schauspieler*innen, Tänzer*innen, Filmemacher*innen, Museumspädagogischen Fachkräften weiteren Akteurinnen und Akteuren aus der Kultur- und Kreativwirtschaft projektbezogen, sowie mittel- und langfristig unterstützen. Gemeinsame Besuche von Ausstellungen, Konzerten, Kino- oder Theatervorstellungen fördern die Offenheit und Selbstverständlichkeit, kulturelle Angebote wahrzunehmen. Migrantische Vereine und muttersprachliche Sprachschulen sollen aktiv zum Mitgestalten eingeladen werden.

Mehr Orte für Musik- und Tanzveranstaltungen

Menschen aller Altersklassen möchten ausgelassen tanzen können. Tübingen hat in diesem Bereich nur noch wenige Orte, an denen Musik- und Tanzveranstaltungen stattfinden. Wir brauchen wieder mehr Orte (wie beispielsweise das frühere Zentrum Zoo), die etwas außerhalb von Wohngebieten liegen, an denen solche Veranstaltungen stattfinden können. Sie sollen das bereits vorhandene und wichtige Angebot ergänzen. Auch die Kalthalle in WHO bietet Platz für solche Events, und durch eine Nutzung des Bahnbetriebswerks könnte eine einzigartige Lösung entstehen. Außerdem setzen wir uns für eine Prüfung weiterer Orte zum feiern Gehen ein.

Unsere Vision ist eine lebendige und nachhaltige Kulturszene, die alle Generationen und Kulturen der Stadt zusammenführt. Mit konkreten Maßnahmen und klaren Plänen setzen wir uns für die Weiterentwicklung und Stärkung von Kultur ein. Wir fördern die Vernetzung aller kulturellen Einrichtungen im Sinne einer nachhaltigen, symbiotischen Entwicklung Tübingens.

Kapitel 6: Wirtschaft und Energie

Klimaneutral geht nur gemeinsam

Der Gemeinderat hat im Jahr 2020 einstimmig beschlossen, dass Tübingen bis 2030 klimaneutral werden soll, und die vielen Schritte aufgelistet, die dazu notwendig sind. Dazu wurden mit unserer Unterstützung in den letzten Jahren viele erfolgreiche Maßnahmen ergriffen. Wir können aber unser Ziel nur dann erreichen, wenn alle Akteur*innen, wie Stadtverwaltung, Gemeinderat, Unternehmen, die Universität und die Einwohner*innen verstärkt an einem Strang ziehen. Hierfür braucht es weiterhin Beratungsangebote sowie finanzielle Anreize und Förderung durch die Stadt und die Stadtwerke.

Beratung und Förderung für alle

Die Öffentlichkeitsarbeit der Stadt und der Stadtwerke ist für das Erreichen der Klimaziele unerlässlich. Förder- und Finanzierungsmöglichkeiten, Tipps und Tricks zum effizienten Energiesparen müssen noch bekannter gemacht werden, denn von vielen Finanzhilfen erfährt man nur durch Zufall. Al/Grüne wollen, dass die Stadt und die Stadtwerke neben ihren eigenen Förderprogrammen auch die Förderangebote von Land und Bund bekannter machen, insbesondere die finanzielle Unterstützung für Haushalte mit geringem Einkommen. Für die Fälle, in denen die eigenen Mittel für größere Investitionen nicht ausreichen, sollen die Stadtwerke neben den bestehenden Finanzierungsmodellen für PV-Anlagen auch Lösungen für Heizsysteme entwickeln (Kauf-, Pacht- oder Contractingmodelle). Individuelle, an das Wohnumfeld angepasste Beratung ist ein weiterer wichtiger Baustein, der verbessert und ausgebaut werden kann. In diesem Zusammenhang wäre es sinnvoll, Möglichkeiten zu schaffen, wie Bürger*innen ihre Erfahrungen austauschen können. Es ist uns ein besonderes Anliegen, die Hemmschwelle für Bürgerinnen und Bürger zu senken, um selbst erneuerbare Energien zu installieren. Wir begrüßen das städtische Förderprogramm in diesem Bereich und möchten es auch weiterhin mit den notwendigen finanziellen Mitteln ausgestalten. Mögliche Erleichterungen bei der Umsetzung von Balkonsolaranlagen müssen offensiv beworben werden.

Krisenfest aufgestellt

Die zu 100 Prozent bürgereigenen Stadtwerke Tübingen (SWT) investieren seit zehn Jahren anfallende Gewinne in die Eigenerzeugung erneuerbarer Energie, in Wasserkraft, Windkraft, Solarthermie und Fotovoltaik, demnächst auch in Biogas aus Abfällen. Inzwischen werden auch hier Gewinne erzielt, die zum Beispiel zum Betrieb der Bäder und für andere Aufgaben der Daseinsvorsorge verwendet werden. Das macht unabhängiger von fossilen Energielieferungen aus aller Welt und dient dem Klimaschutz. Bürgerbeteiligung ist erwünscht.

Wärmenetze als Rückgrat der klimaneutralen Wärmeversorgung

Über 50 Prozent des Tübinger Energiebedarfs entfällt auf den Bereich der Wärme. Wir wollen, dass dieser Sektor neben den Themen Strom und Verkehr stärker ins Zentrum der Aufmerksamkeit gerückt wird. Wärmenetze, die von erneuerbaren Energien und/oder industrieller Abwärme gespeist werden, bilden einen wichtigen Pfeiler für die klimaneutrale Wärmeversorgung in der

Stadt. Wir wollen deshalb noch stärker Solarthermie, Umgebungswärme, wie zum Beispiel Erdwärme und Wärme aus dem Grund-, Ab- oder Neckarwasser sowie industrielle Abwärme als Wärmequellen erschließen. Zudem setzen wir uns für einen verstärkten Ausbau der Netze ein, um das im Klimaschutzprogramm verankerte Ziel zu erreichen, über diese mindestens 300 GWh – besser noch 400 GWh – Wärme pro Jahr abzugeben. Mit der Bereitstellung von klimaneutralen Wärmenetzen erhalten die Tübinger*innen eine attraktive Alternative zum Ersatz für fossile Heizungen bei gleichzeitigem Raumgewinn (durch Wegfall des Heizungsraums) und damit einen doppelten Anreiz zur Beteiligung. Wir unterstützen die Stadtwerke beim Aufbau und Betrieb eines regionalen Kooperationsprojekts zur Erzeugung von Biogas aus Bioreststoffen von gewerblichen und privaten Haushalten.

Auf die Nutzung von Holz zur Wärmeerzeugung für die Wärmenetze werden wir vermutlich nicht verzichten können, wenn wir unseren Energiebedarf in Zukunft ohne fossile Brennstoffe decken wollen. Aus ökologischen Gründen kommt hierfür nur Schadholz sowie Restholz aus der nachhaltigen Forstwirtschaft und holzartige Abfälle zum Beispiel aus Haushalten und Gewerben in Betracht. Zudem ist für uns klar, dass alle Arten der Wärmeerzeugung, bei denen keine Treibhausgas-Emissionen entstehen, Vorrang vor der Nutzung von Holz haben müssen. Keinesfalls darf der Betrieb eines Heizkraftwerkes dazu führen, dass mehr Holz aus den Wäldern entnommen wird, als die Ökosysteme – insbesondere im Hinblick auf die klimakrisenbedingten Herausforderungen – vertragen. Die Verpflichtung, ausschließlich Holz aus zertifizierter Forstwirtschaft und aus der Region zu verbrennen, ist für uns die Mindestanforderung.

Den Energiebedarf im kommunalen Gebäudebestand reduzieren und regenerativ decken

In Tübingen wurden bereits viele städtische Gebäude energetisch saniert. Auch die gemeinnützige Wohnbaugesellschaft (GWG) spielt hier eine Vorreiterrolle. Wir sind entschlossen, den städtischen Gebäudebestand vollständig auf den neuesten Stand der energieeffizienten Technologien zu bringen.

Bei der Wirtschaftlichkeitsrechnung kommunaler Bauvorhaben bezieht die Stadt auch eine Abschätzung des CO₂-Schattenpreises in der aktuell vom Umweltbundesamt vorgeschlagenen Höhe (2023: 201 Euro pro Tonne CO₂) in die Bewertung ein.

Mehr erneuerbare Energien bei der Strom- und Wärmeversorgung

Um den in Zukunft wachsenden Strombedarf mit regenerativer Energie zu decken, wollen wir die wenigen Möglichkeiten, die es auf Tübinger Markung für Windkraft gibt, nutzen.

Deshalb unterstützen wir die Planungen der Stadtwerke für den Windpark Großholz bei Kusterdingen und setzen uns auch für weitere Standorte wie den Rammert ein. Dabei ist uns wichtig, dass für Bürger*innen finanzielle Beteiligungsmöglichkeiten geschaffen werden.

Im Sommer 2022 gingen die „Lustnauer Ohren“ – die erste Freiflächen-Photovoltaik-Anlage in Tübingen – ans Netz. Mit den „Traufwiesen“ folgt 2024 die nächste. Um unsere Ausbauziele für Photovoltaik zu erreichen, müssen weitere Freiflächen gesucht werden, auf denen Anlagen im Einklang mit landwirtschaftlichen und ökologischen Belangen errichtet werden können. So sollen zum Beispiel vorhandenen Freiflächen im Bereich von Straßenrändern, Lärmschutzwällen und auf

größeren Parkplätzen genutzt werden. Eine Photovoltaik-Überdachung bietet neben der Stromerzeugung zusätzliche Synergieeffekte wie zum Beispiel Schatten und somit Kühlung.

Klimaneutral geplante Quartiere sind attraktiv

Wir wollen, dass Möglichkeiten der Errichtung von Speicherkapazitäten für Strom und Wärme erarbeitet und erweitert werden. Zudem sollen Potenziale für die Erzeugung, Speicherung und Nutzung von Wasserstoff in Spitzen der erneuerbaren Stromerzeugung geprüft werden.

Energie- und Wärmeleitplanungen müssen auch kleinräumig gedacht und umgesetzt werden. In einem Klimaschutzplan für jedes einzelne Quartier und jeden einzelnen Teilort werden alle Ressourcen, Potenziale und Bedarfe zusammengefasst. Davon sind Photovoltaik und Solarthermie, geothermische Potenziale, Ladesäulen, Stromnetze, Quartiersspeicher, Heizsysteme, (Mini- und Nachbarschafts-)Wärmenetze, Wärmepumpen und deren Wärmequellen ebenso betroffen wie Maßnahmen zur Klimaanpassung und -resilienz (Stadtbegrünung, Schwammstadt, Bewässerung). Durch die Integration der Nachhaltigkeit bei der Planung werden nicht nur Beiträge zur Klimaneutralität 2030 geleistet, sondern es entstehen auch attraktive Quartiere mit hoher Aufenthaltsqualität.

Den Tübinger Betrieben ein guter Standort sein

Den Flächenbedarf ohne großflächige Gewerbegebiete decken

Da wir aus ökologischen Gründen keine neuen Flächen im Außenbereich ausweisen wollen, ist es umso wichtiger, sparsam mit den bestehenden Gewerbeflächen umzugehen. Durch optimale Nutzung der bestehenden Gewerbegebiete sollen Bestandsfirmen die notwendigen Erweiterungsmöglichkeiten erhalten. Ebenerdige Parkplätze in Gewerbegebieten sind Flächenverschwendung. Künftige Gewerbebauten sollen möglichst mehrstöckig geplant werden und bestehende Parkplätze könnten überbaut werden.

Durch die Festsetzung von gemischt genutzten Quartieren entsteht weiterer Raum für wohnverträgliches Gewerbe und innovative Start-ups. Für Neuansiedlungen und für Betriebserweiterungen, die innerhalb bestehender Gewerbegebiete nicht zu realisieren sind, streben wir regionale Kooperationen mit anderen Gemeinden an.

Städtisches Engagement gegen Arbeitskräftemangel

Es muss besser gelingen, Menschen, die aus anderen Ländern zugezogen sind, in die Berufswelt einzugliedern. Dazu ist eine gute Kooperation zwischen allen beteiligten Behörden in Stadt und Landkreis sowie der Arbeitsverwaltung unverzichtbar. Es muss ein wichtiges Ziel städtischer Bildungsanstrengungen sein, dass Jugendliche die Schule nicht ohne Ausbildungsreife verlassen. Sie werden in den hiesigen Betrieben dringend gebraucht. Ein passendes Angebot zur Kinderbetreuung ist für viele Eltern eine der Voraussetzungen, einen Arbeitsplatz in Tübingen anzunehmen. Daher sind alle Anstrengungen der Stadt zum Ausbau des Angebots in der Kinderbetreuung ein wichtiger Beitrag für Tübinger Unternehmen bei der Mitarbeitergewinnung und bei der Mitarbeiterbindung.

Eine einladende Innenstadt stärkt Handel und Gastronomie

Je mehr die Innenstadt zum Verweilen einlädt, desto attraktiver ist sie auch für Kund*innen. Hier hat Tübingen schon vieles erreicht. Das Zinserdreieck wurde umgestaltet, das umgebaute Schimpfeck und der Haagtorplatz im Sommer 2023 sind als Erfolge zu nennen. Da dies auch die Verringerung des Autoverkehrs bedeutet, braucht die Innenstadt ein funktionierendes Logistikkonzept für die Anlieferung der Waren. Das Parkleitsystem soll weiter ausgebaut und bekannt gemacht werden.

Zur Attraktivität gehört auch, dass die Straßen nicht vermüllt sind. Neben dem Umstieg auf immer mehr Mehrwegverpackungen, unterstützt durch die Verpackungssteuer, muss auch das achtlose Wegwerfen im öffentlichen Raum reduziert werden. Die erhöhten Bußgelder dafür sollen in der Praxis auch erhoben werden. Aktuell wird im Rahmen des Altstadt Rahmenplans mit einer großen Bürgerbeteiligung die Gestaltung der Altstadt besprochen. Hierbei geht es darum, wie Bewahrung, Veränderung und Entwicklung in der Altstadt in Einklang gebracht werden können. In diesem Prozess soll darauf geachtet werden, dass Handel und Gewerbe von diesen neuen Überlegungen profitieren können. Beispielsweise durch die Gestaltung der Außenbewirtschaftung der Gastronomie, aber auch durch Impulsprojekte wie das „Probiererle“ soll die Attraktivität der Altstadt erhöht werden. Wir unterstützen diesen Beteiligungsprozess ausdrücklich und befürworten die Entwicklung, die damit vorangetrieben werden soll. Gleichzeitig ist darauf zu achten, dass die Altstadt ein guter Ort zum Wohnen auch für Familien, Ältere, Berufstätige und andere Menschen bleibt, die im Quartier verankert sind. Sie sind wesentlich für die Lebendigkeit der Altstadt und für die Tragfähigkeit der Läden und Dienstleister auch außerhalb der großen Events.

Der Tourismus ist ein wichtiger Faktor für die Wirtschaft der Innenstadt. Im Stadtmarketing soll neben den kulturellen und historischen Besonderheiten der Stadt auch die ökologische Ausrichtung Tübingens beworben werden. Durch den neuen Busbahnhof und das Deutschlandticket ist es künftig sehr einladend, mit dem öffentlichen Verkehr nach Tübingen zu reisen und dort die verschiedenen Angebote für die innerstädtische Mobilität zu nutzen.

Fair, regional und ökologisch wirtschaften

Bei der kommunalen Beschaffung müssen regionale Wertschöpfungsketten und fairer Handel einen hohen Stellenwert haben und wo immer rechtlich und wirtschaftlich möglich sollen sie zum Zuge kommen. Der ökologische Fußabdruck der Produkte soll darüber hinaus ein Ausschreibungs- und Auswahlkriterium sein – zum Beispiel bei Baustoffen oder Lebensmitteln. Die Stadt soll Strukturen unterstützen, die Lebensmittel verteilen, statt sie wegzuwerfen. Bildungsangebote und Veranstaltungen sollen den Boden bereiten für eine verstärkte Nachfrage nach fair gehandelten Produkten, Produkten mit Bio-Siegel und Produkten aus der Region. Tübingen ist seit einigen Jahren anerkannte Fair-Trade-Stadt. Die daraus resultierenden Ansprüche soll sie weiterhin engagiert umsetzen.

Im Einflussbereich der Stadt setzen AL/Grüne sich für eine gesunde, regionale, saisonale und fleischarme Ernährung ein.

Umsichtiges Haushalten mit den städtischen Finanzen

In den vergangenen Jahren haben wir im Gemeinderat erreicht, dass notwendige Investitionen und solide Finanzen in den Blick genommen wurden. Ein ausgewogener und den Gegebenheiten angepasster Haushalt ist uns auch in Zukunft wichtig.

Augenmaß bei den städtischen Steuerhebesätzen

Wir wollen bei der Grundsteuer im Jahr 2025 den städtischen Hebesatz so anpassen (voraussichtlich deutlich senken), dass sich für Tübingen insgesamt keine höheren Einnahmen aus der Grundsteuer ergeben.

Geschlechtergerechtigkeit ist nicht zuletzt auch ein Finanzthema

AL/Grüne wollen bei den städtischen Ausgaben ein Augenmerk darauf haben, inwieweit sie Männern und Jungen einerseits und Frauen und Mädchen andererseits zugutekommen. Der Fokus auf frauen- und mädchenspezifische Bedürfnisse und Wünsche muss auch in der finanziellen Förderung von Projekten deutlich werden.

Inklusion in der Teilhabe am Arbeitsleben

Die Stadt hat eine 75-Prozent-Stelle zur strukturierten Bearbeitung des betrieblichen Eingliederungsmanagements (BEM) geschaffen. Bis 2025 will sie vier volle inklusive Stellen schaffen, die auch geteilt werden können.

Tübingen lobt jährlich einen Preis „Vorbildliche inklusive Arbeitgeber*innen“ aus und es werden Image-Filme über Erfolgsbeispiele bei öffentlichen und privaten Arbeitgeber:innen erstellt und über soziale Medien und andere Kanäle verbreitet. Jährlich führt die Verwaltung einen Erfahrungsaustausch ihrer verschiedenen betroffenen Fachabteilungen durch. Die Stadt baut zusammen mit der Fachstelle für inklusives Arbeiten, der Handwerkskammer und der WIT einen Erfahrungsaustausch zur Förderung der Beschäftigung von Menschen mit Einschränkungen auf. Stadtintern wird ein Forum geschaffen, bei dem Menschen mit Einschränkungen, die bei der Stadtverwaltung arbeiten, ihre Erfahrungen austauschen. Die Stadt stellt auf ihrer Website gelungene Beispiele von inklusiven Arbeitsplätzen vor.

Die Tübinger Wirtschaft kann sich sehen lassen: Sie hat in den letzten Jahren mehr Gewerbesteuer erwirtschaftet als andere Städte. Dies ist eine wichtige Voraussetzung, um wirtschaftlich schwierige Zeiten gut zu überstehen. Tübingen zeichnet sich durch eine Wirtschaftsstruktur aus, die sich stark von den Schwerpunkten Baden-Württembergs unterscheidet. Auch dadurch ist Tübingen krisenfester als andere Städte. Die vielen Kliniken bringen wirtschaftliche Stabilität. Bei Forschung in den Zukunftssparten Medizintechnik, Künstliche Intelligenz und Biotechnologie ist Tübingen führend. Dort entstehen neue Arbeitsplätze, die wirtschaftliche Sicherheit in Zeiten des Strukturwandels schaffen. Durch den Arbeitskräftezuwachs in Tübingen ist es notwendig, ausreichend und bezahlbaren Wohnraum sowie ein passendes Kinderbetreuungsangebot für Berufstätige anzubieten. Eine einladende Innenstadt stärkt den Handel und die Gastronomie. Wir AL/Grüne fordern ein funktionierendes Logistikkonzept für die Anlieferung der Waren. Fair, regional und ökologisch zu wirtschaften kann umgesetzt werden durch die Einhaltung regionaler Wertschöpfungsketten und fairen Handel, wo immer dies rechtlich und wirtschaftlich möglich ist.

Auch wollen wir bei den städtischen Einnahmen und Ausgaben Maß halten, auch bei der Erhebung von Steuern. Geschlechtergerechtigkeit ist nicht zuletzt auch ein Finanzthema, welches wir in den Finanzentscheidungen berücksichtigen werden.

Kapitel 7: Tübingen digital 2030

Schritt halten – up to speed

Unser Leben ist digitaler denn je. Wir gehen per App zur Bank und chatten mit unserer Krankenkasse. Die Bürger*innen erwarten, dass auch unsere Stadt digital funktioniert und digital erreichbar ist. Wir AL/Grüne sehen in diesen berechtigten Erwartungen die Grundvoraussetzung für eine handlungsfähige und erfolgreiche moderne Stadt.

Stets zu Ihren Diensten

Ob vor Ort im Amt oder ein paar Meter weiter im Café: Digitale Bürgerdienste bilden die Schnittstelle zwischen den Bürger*innen und ihrer Stadt. Wir wollen diese ausbauen, verbessern und arbeitseffizienter gestalten: Durch die Digitalisierung sollten Verwaltungsprozesse schneller und mit weniger Aufwand ablaufen. Insbesondere die Bürgerdienste und die Arbeit des Ausländeramtes muss beschleunigt und zweckdienlicher werden.

Um auch Personen einzubinden, die sich in der digitalen Welt nicht ausreichend zurechtfinden, sollten diesen Bürger*innen Dienstleistungen auch per Telefon oder persönlichem Kontakt ermöglicht werden. Um die Bürgerdienste digital erreichbar zu gestalten, muss die Umsetzung des Online-Zugangsgesetzes (OZG) beschleunigt werden.

Digitale Daseinsfürsorge

Schritt halten muss die Stadt auch beim Ausbau der Infrastruktur für Kommunikation im öffentlichen Raum: Breitband, WLAN und Mobilfunk. Nur so können alle partizipieren.

Digitale Schulen

In der Pandemie musste alles schnell gehen. Jetzt ist es an der Zeit, eine stabile Zusammenarbeit aufzubauen. Digitale Geräte wie Tablets müssen beschafft, ausgeliefert und gewartet werden. Schulen müssen ertüchtigt und Kompetenzen aufgebaut werden, um einen erfolgreichen und digitalen Unterricht anzubieten. Wir AL/Grüne setzen uns dafür ein, dass in den Schulen Medienbeauftragte eingesetzt werden, um die Lehrkräfte bei der herausfordernden Aufgabe der Digitalisierung zu entlasten. Die dafür bereitgestellten Fördermöglichkeiten von Bund und Land (Digitalpakt) sollen abgerufen werden.

Der Stadt zuhören und lernen – Smart City

Schon heute produziert unsere Stadt eine Vielzahl an Daten. Diese Daten müssen genutzt und das Potential ausgeschöpft werden. Eine Open-Data-Strategie soll Daten zur Verfügung stellen, mit deren Hilfe das Leben in der Stadt verbessert werden kann. Ein transparenter und verantwortungsvoller Umgang mit Daten ist für uns dabei essenziell.

Kommunikation und Bürgerbeteiligung

Der Auftritt der Stadt Tübingen in den sozialen Medien ist ausbaufähig. Insbesondere für die Fachkräftegewinnung ist es wichtig, ansprechend und zeitgemäß aufzutreten. Wir wollen, dass die Stadtverwaltung permanent an ihren Seiten und Accounts arbeitet, so dass die Reichweite stetig ausgebaut wird.

Der „Mitwirk-o-Mat“ soll es Vereinen ermöglichen, Menschen zu erreichen. Eine Evaluation und Weiterentwicklung dieser Idee ist nötig. Gemeinsam mit der Verwaltung wollen wir kreativ sein und neue Wege finden, um Bürger*innen zu informieren und mit ihnen ohne großen Personalaufwand in Kontakt zu treten.

Smarte Verwaltung, moderne Arbeitsplätze

Hier ist die Stadt Tübingen schon gut aufgestellt, und das soll auch so bleiben. Die Stadt soll attraktive Arbeitsplätze bieten. Wir wünschen uns Führungskräfte mit digitalem Mindset. Die Gefahr von Cyberattacken ist groß und an Informationssicherheit darf nicht gespart werden. Wir AL/Grüne fordern daher im Haushalt eine Stelle als Informationssicherheitsbeauftragte/r.

Künstliche Intelligenz (KI)

Möglichkeiten, KI in der städtischen Verwaltung einzusetzen, gibt es. Ob die regulatorischen Hürden überwunden werden können und es tatsächlich in Zukunft zu sinnvollem Einsatz in größerem Maßstab kommt, ist noch offen. Aber alles deutet darauf hin, dass es bei der Verarbeitung von Texten tatsächlich eine Hilfe sein kann. Tübingen sitzt an der Quelle der KI-Forschung. Die Stadt soll sich dem Thema nicht verschließen und an Projekten teilnehmen. Insbesondere die Frage, wie KI-Anwendungen in der Verwaltung zertifiziert werden können, muss gelöst werden.

Um KI sinnvoll und gemeinwohlorientiert einsetzen zu können, sind verschiedene Kompetenzen wichtig. Daher ist es unerlässlich, dass die Stadt Tübingen im Fachbereich der Digitalisierung Ausbildungsstellen und Studienplätze anbietet.

Die Bürger*innen erwarten, dass auch ihre Stadt digital funktioniert und digital erreichbar ist. Wir AL/Grüne sehen in diesen berechtigten Erwartungen die Grundvoraussetzung für eine handlungsfähige und erfolgreiche Stadt. Der Fokus soll dabei auf der Digitalisierung der Bürgerdienstleistungen, wie zum Beispiel im Baudezernat und Ausländeramt liegen. Zudem fordern wir einen kostenlosen W-Lan-Hotspot in der Altstadt, von dem die Bürger*innen, Unternehmen und Tourist*innen profitieren. Nicht zuletzt ist ein Ersatz der bisher eingestellten Bürger-App als Instrument der Bürgerbeteiligung wichtig. Eine Zusammenarbeit mit der KI-Forschung in der Stadt ist sinnvoll. Die Schulen sind mit digitalen Endgeräten und mit einem*einer digitalen Hausmeister*in als Ansprechpartner*in auszustatten. Wir haben hierfür eine Stelle im Haushalt hierfür beantragt.